

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Gefährliche
Pflege
S. 3

Kosovo: Nato will Uno-
Resolution aushebeln
S. 7

Verstärkte Ausländer-
feindlichkeit
S. 12

Lohnbewegung:
Negative Lohndrift
S. 17

Eine antifaschistische
Geschichte
S. 19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „ArGe, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

OSTEXPANSION. „Jetzt kommt es darauf an, dass sich die deutsche Industrie ihren Anteil am Kuchen sichert“, kommentiert das Bundesinstitut für Außenhandel die eigene Prognose, dass die deutschen Exporte in diesem Jahr die 1-Billionen-DM-Marke deutlich überschreiten. Spitzenreiter wird danach die Informations- und Kommunikationstechnik; die größten Steigerungen können die deutschen Konzerne bei Exporten nach Asien (Korea und China mit jeweils über 30% Steigerung), in die Türkei (ebenso), aber auch auf die osteuropäischen Märkte, vor allem Ungarn und Polen, erwarten. Bundeswirtschaftsminister Müller drängte anlässlich einer Konferenz auf weitere Deregulierung in Osteuropa, die sicherstelle, dass sich Deutschland „ein Markt von 100 Millionen Konsumenten und Produzenten völlig“ öffne.

ARBEITSZWANG. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) fordert einen grundlegenden Kurswechsel bei der „Arbeitsförderung“. Ursache der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, so die dreiste Behauptung, sei neben „zu hohen Steuern und Arbeitskosten“ eine Arbeitsmarktpolitik, die Unsummen verschleudere in dem zum Scheitern verurteilten Versuch, Arbeitslose per Arbeitsbeschaffungs- oder Struktur Anpassungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt zu (re-)integrieren. ABM sei abzulehnen, der künstliche zweite Arbeitsmarkt mit vergleichbarem Einkommen hindere Arbeitslose nur, Arbeit zu Niedriglöhnen anzunehmen, weil die ABM-Maßnahmen bei den Beteiligten den Eindruck erzeugten, sie könnten auf dem freien Markt soviel verdienen wie auf dem künstlichen zweiten Arbeitsmarkt, wo, anders als die BDA suggeriert, tarifliche Bedingungen und Löhne tatsächlich ja weitgehend schon eingerissen sind. Die Kapitalistenverbände fordern die „konsequent an den Bedürfnissen der Unternehmen ausgerichtete“ schnelle Arbeitsvermittlung statt jeder Art von Förderleistung für Arbeitslose und außerdem Eingliederungszuschüsse für die Unternehmen. – Parallel zu dem jüngsten Positions-papier der BDA kündigte Bundesarbeitsminister Riester „Reformvorschläge für die Arbeitsmarktpolitik“ an, die den Verlautbarungen nach im wesentlichen darauf zielen, Arbeitslosen- und Sozialhilfempänger unter Androhung härtester Sanktionen zur Arbeit zu zwingen.

KALTSCHNÄUZIG. Wie berichtet (PB 1-2/00), hat die Deutsche Bundesbank 1,8 Mio. DM zurückgestellte Löhne für ehemalige NS-Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene nicht an die Berechtigten ausgezahlt, sondern 1978 als „außerordentliche Erträge“ ins Vermögen der Bank eingestellt. In einem Schreiben vom 7.2. an die Regenbogen-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft räumt die Bundes-

bank zwar ein: „Nach den Debatten der letzten Jahre wäre eine solche Verwendung dieser Summen heute schwer vorstellbar“, um anschließend „um Verständnis“ zu bitten, dass sie die vorenthaltenen Lohnfelder auch jetzt nicht zweckgemäß verwenden und z.B. in den Entschädigungsfonds einzahlen will. Begründung: Die Bundesbank führe alle ihre Gewinne an den Bund ab, und in den nach 1978 abgeführten Gewinne seien diese als „außerordentliche Erträge“ ausgebuchten Beiträge enthalten. Die Regenbogen-Fraktion kündigte an, sich an das Bundesfinanzministerium mit der Forderung nach Aufklärung zu wenden und die Bundesregierung an ihre Verantwortung zu erinnern, „dass die im Bundeshaushalt aufgegangenen ZwangsarbeiterInnenlöhne endlich bestimmungsgemäß verwendet werden“ (PE vom 13.2.).

RECHTS-STAAAT. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Revision der wegen angeblicher Beteiligung an der Entführung der Lufthansa-Maschine 1977 verurteilten Monika Haas verworfen. 1998 war Monika Haas, die ihre Beteiligung stets bestritten hat, zu fünf Jahren verurteilt worden; sie habe die Waffen für die Flugzeugentführer transportiert. Grundlage ihrer Verurteilung waren „Indizien“ aus den Giftschränken von Geheimdiensten und dem BKA, die dem Gericht nicht vorlagen, sowie ein in Geheimdienstzuarbeit verstrickter, im Libanon inhaftierter „Zeuge“, der vor Gericht nicht auftrat und von der Verteidigung nicht vernommen werden konnte. Mit der Verwerfung der Revision bestätigte der BGH die Praxis des OLG Frankfurt, die eine wirksame Verteidigung regelrecht ausgeschaltet hatte. Nach wie vor halten sich die Staatsorgane bei der Verfolgung der RAF bzw. von Taten, die sie der RAF zurechnen, an die Devise, dass Recht ist, was dem Staatszweck der Verfolgung nützt.

ENTDISKRIMINIERUNG! Auch das Vorhaben der Bundesregierung, homosexuelle Partnerschaften mittels „eingetragener Partnerschaft“ steuerlich mit der Ehe gleichzustellen, ändert an der Diskriminierung nichtehelicher Partnerschaften nicht viel. Zwar erfolgt eine Gleichstellung im Unterhalts-, Erb- und Erbschaftssteuerrecht. Doch während homosexuelle Paare nunmehr zum gegenseitigen Unterhalt verpflichtet werden, bleibt das Ehegattensplitting, das u.a. mit der gegenseitigen Unterhaltspflicht der Ehegatten begründet wird, auf die Ehe beschränkt. Damit bleiben auch unverheiratete heterosexuelle Paare diskriminiert. Demgegenüber fordert die PDS die Individualisierung des Einkommens- und Erbschaftssteuerrechts, d.h. u.a. die Abschaffung des Ehegattensplittings und die Vereinheitlichung von Steuerklassen und Freibeträgen in der Erbschaftssteuer.

„Gefährliche Pflege“

Die Beteiligten wehren sich



Das Elend alter, kranker, gebrechlicher, hilf- und pflegebedürftiger Menschen ist weithin unsichtbar, verborgen hinter den Mauern der Privatwohnungen und Heime. Doch immer häufiger und lauter melden sich Wohlfahrtsverbände, Beschäftigte, die ÖTV und andere zu Wort, so dass sich insbesondere seit Ende letzten Jahres vielerorts eine öffentliche Diskussion entwickelte, die den herrschenden Pflegenotstand zum Thema und damit das Elend für alle sichtbar macht.

Wirtschaftlichkeit statt Humanität

Hamburg ist typisch für die Situation der Pflege seit Einführung der Pflegeversicherung 1995, die sich, trotz satter Rücklagen der Pflegeversicherung von ca. 10 Mrd., durch weitere Kürzungsvorhaben in naher Zukunft noch verschärfen wird – wenn Gegenwehr dies nicht verhindert. Die Gegenwehr aber entwickelt sich. In Hamburg hat jetzt die ÖTV gemeinsam mit der DAG und unterstützt von Trägern der Altenpflege, Wohlfahrtsverbänden, Ausbildungseinrichtungen und Freundeskreisen von Altenheimen eine Demonstration durchgeführt unter der Parole „Mehr Zeit für gute Pflege – jetzt!“ und damit deutlich gemacht, dass die Interessen der alten Menschen mit den Interessen der Beschäftigten im Pflegebereich nicht nur vereinbar, sondern untrennbar verbunden sind. An der Demonstration am 7. Februar beteiligten sich rund 1000 Menschen. Die vom „Pflegenotstand“ hauptsächlich Betroffenen konnten naturgemäß an der Demonstration nur vereinzelt teilnehmen. Teilnehmende Pflegerinnen und Pfleger berichteten von der großen Zustimmung, die diese Demonstration bei den alten Menschen in stationärer und ambulanter Pflege erfuhr.

Fast 37.000 Menschen, ca. 2,1% der Gesamtbevölkerung, davon 69% Frauen, sind in dieser Stadt offiziell pflegebedürftig (Stichtagsbetrachtung 1996), nicht mitgerechnet ca. 50.000 Hilfsbedürftige, d.h. Menschen mit nennenswertem hauswirtschaftlichen und geringerem pflegerischen Hilfebedarf unterhalb der Pflegestufe I, in Privatwohnungen und ca. 8.000 in stationären Einrichtungen. Von den fast 37.000 Pflegebedürftigen lebte ein gutes Drittel in Heimen, knapp zwei Drittel lebten zu Hause.

Das sind einige nackte Zahlen, hinter denen sich ein katastrophaler Zustand verbirgt. Die Lebens-

wirklichkeit der pflegebedürftigen Menschen ist durch die Pflegeversicherung geprägt, die mit dem Anspruch geschaffen wurde, die Kosten der notwendigen Pflege alter Menschen solidarisch aufzubringen. Doch die Einführung der Pflegeversicherung hat dazu geführt, dass ihre Versorgung und Pflege vollständig unter das Diktat der „Wirtschaftlichkeit“ gestellt wurde. Die Kostenträger gestehen den Pflegebedürftigen „Pflegeminuten“ je nach Pflegestufe zu. In der Praxis sieht das so aus: Für die ambulante Pflegeleistung einer Morgentoilette – aus dem Bett holen, Ganzkörperpflege, Zähne putzen ... – plus Frühstück plus Toilettengang werden z.B. 39 Minuten gerechnet, die ambulanten Dienste erhalten dafür und für das pauschal berechnete Wegegeld und die Einsatzplanung, d.h. für insgesamt 53 berechnete Minuten 44 DM. Die Pauschalen für die verschiedenen Pflegestufen wurden seit Einführung der Pflegeversicherung nicht erhöht.

Für die alten Menschen sind die Pflegerinnen und Pfleger oft die einzigen sozialen Kontakte. Doch für Gespräche oder auch nur für die medizinisch notwendige „Aktivierung“, z.B. für die Ermunterung, sich am Frühstückmachen zu beteiligen, bleibt keine Zeit. In der am Rande der Demonstration verteilten ötv-„Bürgerzeitung“ schildert eine Pflegerin einer evangelischen Sozialstation, was das in der Praxis bedeutet: „Frau G. ist Witwe, über 90 Jahre alt und hat vor kurzem ihren einzigen Sohn verloren ... Frau G. ist körperlich gesund – sie ist nur alt, müde, einsam und fassungslos und kann nicht mehr. Wenn ich komme, sitzt Frau G. meist schon auf dem Bett und wartet auf mich. Ich begleite sie ins Bad, helfe ihr den Rücken zu waschen, gebe ihr Hilfestellung bei der restlichen Morgentoilette. Ich helfe ihr beim Anziehen, bereite ihr das Frühstück, wasche ab und trage den Müll raus. Immer wieder macht Frau G. den Versuch, mit mir zu reden, aber meine Zeit. Mit schwerem Herzen lasse ich Frau G. mit ihrem großen Kummer allein.“

In den Heimen ist die Lage nicht besser. Die gesetzliche Vorgabe „ambulant vor stationär“ hat bewirkt, dass die Pflegebedürftigen lange zu Hause bleiben, also immer später ins Heim kommen: Das Durchschnittsalter ist von ca. 81 bis 82 Jahren 1994 auf 87 Jahre gestiegen. Das bedeutet auch, dass die meisten, die ins Heim kommen, hilflos sind, unter Demenz oder Alzheimer leiden, vielfach unter Mehrfacherkrankungen. Sie kommen zum Sterben. Fast jeder zehnte alte Mensch stirbt in den ersten vier Wochen seines Heimaufenthaltes. Im Durchschnitt ist die „Verweildauer“ von 32 auf



17 Monate gesunken. Und diesen Menschen stehen durchschnittlich (d.h. im Durchschnitt aller Pflegestufen) täglich 76 Minuten „Pflege“ zu – da bleibt für nichts Zeit außer rein körperlicher Pflege, auch nicht für eine menschenwürdige Sterbebegleitung. Wir haben in den *Politischen Berichten* über die zunehmende Gewalt gegen alte Menschen berichtet (1-2/2000, S. 16f.) Die *Berliner Zeitung* berichtete kürzlich, dass es immer häufiger vorkommt, dass alte Menschen ans Bett gefesselt und so „ruhiggestellt“ werden.

Die Stadt Hamburg spart aus der Einführung der Pflegeversicherung jährlich ca. 230 Mio. DM ein. Die hat sie zur „Haushaltssanierung“ eingesetzt, statt sie entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung zu zusätzlichen Investitionen in der Altenpflege einzusetzen. Die ÖTV weist darauf hin, dass viele Altenheime alt und in einem schrecklichen Zustand sind und die düstere Umgebung die Leiden ihrer Bewohnerinnen und Bewohner zusätzlich vergrößert. Sie fordert, dass die Stadt diese an den Alten und Kranken gesparten Gelder unverzüglich in Investitionen in den Um- und Neubau von Heimen steckt.

... auf dem Rücken der Beschäftigten

Auf der Seite der Beschäftigten hat die Einführung der Pflegeversicherung die Belastungen vervielfacht. Zum einen geht die „Fließbandpflege“ nicht spurlos an ihnen vorüber. Die Arbeitshetze nimmt zu. Die erzwungene psychosoziale Verwahrlosung der alten Menschen belastet sie. Oft opfern sie ihre knappen Pausen, um doch noch fünf Minuten für ein Gespräch abzuwickeln. In der ambulanten Pflege hetzen sie von Wohnung zu Wohnung – die Wegezeit wurde von 15 auf pauschal 7 Minuten verkürzt! Die Krankenpflegetour umfasst nicht selten bis 20 Patienten nacheinander. Wie soll man dies angesichts des Elends durchhalten? Und: Wie verkraftet man das, wenn man in den Heimen ständig Menschen einsam sterben sieht, denen man beistehen müsste, beistehen will, aber nicht kann?

Emotionale Erschöpfung, so die ÖTV, Leistungsunzufriedenheit und der Widerspruch zwischen beruflichem Anspruch und sozialer Wirklichkeit führen zu dem sog. „Burn-Out-Syndrom“ und in der Folge zur Flucht aus diesem Beruf. Die Pflegekräfte halten es durchschnittlich nur noch fünf Jahre in diesem Beruf aus. Das hat natürlich Rückwirkungen auf die Ausbildung.

Zum anderen führt das Minutenregime zu einem ungeheuren Druck auf die „Personalkosten“. Wenn die ambulanten Dienste – wie im Beispiel oben – für 53 Minuten 44 Mark bekommen, die Personalkosten einer examinierten Pflegekraft einschließlich Wegezeitpauschale und Regiekosten (Einsatzplanung) aber rund 70 DM betragen, dann ist es völlig klar, dass die Dienste am Pflegepersonal

„sparen“. In den 415 ambulanten Diensten mit 11 410 Beschäftigten auf 6 739 Stellen in Hamburg sind zunehmend und inzwischen überwiegend Teilzeitkräfte tätig, oft mit 630-DM-Verträgen, ein Drittel nur sind ausgebildete Pflegefachkräfte. Die ÖTV warnt vor der schleichenden Herausbildung eines Niedriglohnssektors. Während eine nach Tarif bezahlte Pflegefachkraft einen Stundenlohn von ca. 24 DM brutto bekommt, sind Stundenlöhne von 10 bis 12 DM heute zwar noch nicht gang und gäbe, aber auch keine Ausnahme mehr. Die Teilzeitkräfte sind, wenn überhaupt, nicht ausreichend sozial abgesichert, haben keinen bezahlten Urlaub, keine Lohnfortzahlung. Außerdem bedeutet die Ausweitung der 630-DM-Jobs für die Festangestellten, dass sie neben vielen unbezahlten Überstunden in der Regel die Arbeit zu den unangenehmen Zeiten, an Sonn- und Feiertagen oder abends bzw. nachts machen müssen.

In den Heimen ist die Lage der Beschäftigten nicht besser. Fluktuation und krankheitsbedingter Ausfall verschärfen die Personallage. In der Regel ist die Mindestbesetzung von zwei Pflegekräften auf der Station nicht mehr gewährleistet. Die Heimpersonalverordnung sieht vor, dass die Heime mindestens 50% Fachpersonal beschäftigen müssen, das ist derzeit in Hamburg nicht der Fall. Die Regelung läuft in diesem Jahr aus. *scc*
Quelle: Material der ÖTV Hamburg

Forderungen der ÖTV HH

Stationäre Pflege

- Wirksame Verbesserung des Personalschlüssels durch Berücksichtigung eines höheren Zeitbedarfs je Pflegestufe pro Tag (z.Zt. 76 Min.)
- Bundeseinheitliche Personalbemessung
- Fortsetzung der „Heimpersonalverordnung“, mittelfristige Erhöhung der Fachkraftquote und Umsetzung dieser Anforderungen i. d. Heimen
- Separate Abrechnung der Behandlungspflege durch die Krankenversicherung
- Einführung einer Pflegestufe 4 für die Pflege und Betreuung von Dementen (bis zu 50% der Pflegebedürftigen in den Heimen)
- Erhebliche Ausweitung des Dementenprogramms in Hamburg
- Berücksichtigung von Preis-/Tarifsteigerungen

Ambulante Pflege

- Deutliche und kurzfristige Anhebung der Vergütung
- Einbeziehung der psychosozialen Betreuung in die Leistungen
- Keine Absenkung der Vergütungen durch die Kranken- und Pflegekassen (die BKK z.B. will um 25% absenken!)
- Gleiche Tarifbedingungen für alle ambulanten Pflegeträger

NS-Zwangsarbeit

Industrie fordert den totalen „Schlussstrich“

Im Vorfeld der jüngsten Verhandlungsrunde in Berlin um die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter ist die deutsche Industrie mit einem unverfrorenen Katalog in die Offensive gegangen. Die Forderungen der Industrie laufen auf einen totalen „Schlussstrich“ unter alle NS-Entschädigungs- und Reparationsforderungen gegen deutsche Firmen und staatliche Stellen hinaus. Ob es um gestohlene Kulturgüter geht oder um die noch immer nicht erfüllten Reparationsforderungen griechischer Gemeinden wegen der von der Wehrmacht in Griechenland verübten Verbrechen: Alle diese Forderungen sollen mit der geplanten Stiftungsinitiative ein für alle Mal erledigt sein. Es gehe um einen „alles umfassenden Rechtsfrieden“ für deutsche Unternehmen – jetzt und in alle Zukunft.

Auch die Vermögensansprüche gegen deutsche Banken und Versicherungskonzerne wegen der Unterschlagung bzw. „Arisierung“ jüdischer und anderer Guthaben und Versicherungen während des Faschismus sollen mit dem geplanten Stiftungsgesetz „erledigt“ werden. Die Industrie will für alle Ansprüche eine Obergrenze von 15.000 DM Entschädigung pro NS-Opfer festlegen.

Mehr noch: Die Industrie fordert von Israel und den osteuropäischen Ländern, vor Inkrafttreten des Stiftungsgesetzes mit eigenen „Schlussgesetzen“ alle Rechtsansprüche und Entschädigungsforderungen gegen deutsche Firmen zu beenden bzw. diesen einen Riegel vorzuschieben. Außerdem hält die Industrie an der hochzentralisierten Verteilung der Entschädigungsgelder fest. Und das alles in einer Situation, in der zwar langsam mehr und mehr Firmen der Initiative beitreten, die Einzahlungen aber seit Monaten bei 2 Milliarden Mark stagnieren.

Mit all dem wird die Rechtssicherheit der überlebenden Opfer vollends aufgehoben. Diese müssen angesichts der erpresserischen Bedingungen der deutschen Industrie fürchten, dass die einzelnen Entschädigungsbeträge am Ende immer kleiner werden.

Im Hinblick auf die Rechtssicherheit der Opfer ist ein für diesen Monat erwartetes Urteil des Bundesarbeitsgerichts von Bedeutung. Die Opfer der Zwangsarbeit erwarten, dass das Gericht ihren Forderungen entspricht und den Lohn für nicht bezahlte Zwangsarbeit nachzahlt. Es dürfe sich nicht von den politischen Manövern in Berlin beeinflussen lassen und sollte nicht von Gesetz und Recht abweichen, meinen die Opfer und ihre Organisationen.

Quelle: Presseerklärung von Ulla Jelpke, PDS-MdB; Ulrich Sander, VVN-BdA in AN 3/2000

Die deutsche Seite kann beides nutzen

Während am 6.2. im ARD der ÖVP-Vorsitzende Wolfgang Schüssel in der Talkshow von Sabine Christiansen zu Gast war, präsentierte Erich Böhme zur selben Zeit in einer ähnlichen Show des Senders n-tv den FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider, derzeit Landeshauptmann (Ministerpräsident) des Bundeslandes Kärnten – erstmalig – einem größeren TV-Publikum in der BRD. In dieser Sendung, die rund 1,2 Millionen Zuschauer eingeschaltet hatten, funktionierte eigentlich alles pallelti-best. Und zwar im Sinne einer, weit aus dem staatlich-politischen Hintergrund heraus wirksamen, meinungsbildenden Regie. Denn am Ende dieser Sendung konnte man durchaus zu folgender Auffassung gelangt sein: Die EU muss das Recht haben, gegen die Regierungsbeteiligung gewisser politischer Kräfte in einem Mitgliedsstaat Sanktionen zu erlassen – z.B. gegen die Beteiligung neonazistischer Kräfte. Bloß, in diesem Fall – auch zu dieser Auffassung konnte man gelangt sein – lag sie falsch: Das Prinzip der Unions-Intervention ist sicherlich richtig – bloß hier, bei dieser Sache, war's daneben gegriffen. Dass man zu solchen Schlussfolgerungen gelangen konnte – ja musste! –, war vor allem dem Zusammenwirken aller Beteiligten zu verdanken:

Der Antifaschist Ralf Giordano fand den „Neonazi“ Haider „sympathisch“ – dass er zum Ende der Sendung (angeblich aus Verärgerung über den Moderator) rausgegangen ist, ändert nichts an dieser Bekundung. Er muss vergessen haben, dass der persönliche Geschmack an diesem Menschen überhaupt nicht zur Debatte stand – und dass seinen nachfolgenden kritischen Sachäußerungen damit gleich zu Beginn jede Überzeugungskraft bzw. Glaubwürdigkeit ge-

nommen war. Freimut Duve (SPD), derzeit als OSZE-Medienbeauftragter in Wien tätig, betonte wieder und wieder die strategische Bedeutung des EU-Mitglieds Österreich für die Ost-/Südostweiterung der Union. Den Ball hat sich der Dr. jur. Haider (Spezialgebiet: „Völkerrecht“ ...) nicht zweimal zuspiesen lassen müssen! Wieder und wieder konnte er seinerseits den Duve in dessen Auffassung bestätigen – und beruhigen: „Mit den Slowenen hamma eh schon gute Kontakte ...“ Der Gelassenste von allen Beteiligten, Michael Glos (CSU) – er schiebt „das Mentale“ mindestens ebenso gekonnt „körpersprachlich“ rüber wie Haider – konnte schließlich die EU-Intervention dadurch um jeden Sinn und Verstand bringen, dass er die weltanschauliche Übereinstimmung auf beiden Seiten der deutsch-österreichischen Grenze so hervorhebt: Bei uns gäb's gar keine eigenständige FPÖ – ihr Programm bzw. ihre Wählerschaft wären integraler Bestandteil des CSU-Programms und der CSU-Klientel ... Bingo!

Die (Talk-)Show war erfolgreich inszeniert: In die allgemeine Erleichterung (sie mag reichen vom „Gott sei Dank, er ist einer von uns!“ bis hin zum „Verstehe überhaupt nicht, was die gegen den haben. So schlimm ist der doch gar nicht!“) konnte sich hämische Genugtuung einreihen über den Moderator Böhme. Wer blöd fragt, kriegt blöde Antworten. Um auf die Eingangsfeststellung zurückzukommen – dass hier eine aus dem Hintergrund tätige Regie souverän wirksam war: Jedem Zuschauer musste – schon nach kurzer Sendezeit – die halbherzige (bis nicht stattgefundene!) Recherche des Moderators Böhme auffallen. Der Sender hat an diesem TV-Abend aber nicht aus Versehen einen ehemali-

gen Chefredakteur als geschwätzigen Deppen vorführen (und in diesem Sinne: abfackeln) wollen, um einen bislang Geächteten gesellschaftsfähig zu machen. Sondern hier – im Medienbereich – war bereits die politische Auffassung wirksam, dass die Kritik an der FPÖ unberechtigt, ja: unangebracht!, ist.

Diese politische Auffassung entstammt jener parteienübergreifenden Richtung, welche die (von allen Mitgliedsstaaten gewollte) Ost-/Südostexpansion der EU zu nutzen sucht – für die Stärkung des deutschen Gewichts innerhalb der Unionierung. Im Sinne dieser Zwecksetzung war beides notwendig: erstens die Verständigung der 14 EU-Staaten auf ein „legitimes“ Recht zur Intervention bzw. Sanktion gegen die Regierungsbildung im 15. Mitgliedsstaat. Und zweitens die Beteiligung der FPÖ an der Regierung des Nachbarstaates Österreich – herbeigeführt durch die Christlich-Sozialen. Auf diese beiden Punkte soll jetzt näher eingegangen werden.

1. Wie die unten dokumentierten Beiträge aus der Wochenzeitschrift *Rheinischer Merkur* verdeutlichen, sind bereits jetzt Rückwirkungen der EU-Erweiterung auf ihre eigene (innere) Vereinheitlichung feststellbar: Das betrifft zum einen das Prinzip der Gleichheit aller Mitgliedsstaaten – und zum anderen das Prinzip der Einstimmigkeit. Wie diese Beiträge des weiteren verdeutlichen, wird die Ungleichbehandlung der Mitgliedsstaaten durch die Verletzung bzw. Beseitigung des Prinzips der Einstimmigkeit ermöglicht. Die deutsche Seite hat stets Anstoß genommen an diesem Prinzip – egal wo es wirksam war. Ihr stetes Eintreten für das Mehrstimmigkeitsprinzip offenbart ihr völliges Desinteresse an der Konsensbildung, die vor al-

Dokumentiert

EU-Sanktionsbeschluss gegen Österreich und Regierungskonferenz zur EU-Erweiterung

In der aktuellen Ausgabe des *Rheinischen Merkur* befassen sich zwei Beiträge der Rubrik „Thema der Woche“ mit dem Sanktionsbeschluss bzw. mit der Aufgabenstellung der EU-Regierungskonferenz, die ab Mitte Februar über strukturelle Reformen beraten soll.

1. EU-Erweiterung

„(...) Seit dem Rücktritt der Santer-Kommission hatte man (im Europaparlament) in Brüssel keine so emotionale und politische Debatte mehr geführt. Die konservative Fraktion (EVP) war kurz zuvor nur um Haaresbreite an einer Spaltung vorbeigeschrammt.

Die Gefahr ist noch nicht gebannt. Der Streit um die Frage, ob man mit der ÖVP weiter zusam-

menarbeiten darf, wird unter den Konservativen fortgesetzt. Die EVP-Fraktion stellte sich, wie die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten, hinter die Erklärung der portugiesischen Ratspräsidentschaft. Im Namen der 14 übrigen Mitgliedsländer hatte sie angekündigt, mit der Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ in Wien werde es kein ‚business as usual‘ geben. (...) Die politische Quarantäne soll die Arbeit der gemeinsamen Institutionen nicht stören.

Einstimmigkeit erforderlich

Ob das gelingen wird, steht aber noch in den Sternen. Denn das hat Jörg Haider richtig erkannt: Die Österreicher werden in der EU gebraucht. Im Ministerrat, der noch immer in vielen Fragen einstimmig beschließen muss, und natürlich in der Regierungskonferenz, die in diesen Tagen ihre Arbeit aufnimmt. In der Regierungskonferenz wollen die Mitgliedsstaaten sich auf eine Reform der EU-Institutionen verständigen. Sie gilt als Voraussetzung dafür, dass neue Mitglieder beitreten können.

Die Staats- und Regierungschefs haben ihren Verhandlungsführern in Helsinki ein Minimal-

programm verordnet. Sie sollen nur so viel an den Verträgen ändern, dass die Union auch nach dem Beitritt der 12 Kandidatenländer funktionsfähig bleibt. Für unerlässlich halten es die heutigen Mitgliedsstaaten, dass in der künftigen EU nicht mehr jedes Land Anspruch auf einen oder gar zwei Posten in der Kommission hat und mehr Entscheidungen des Ministerrates als bisher mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können. Die Stimmgewichte im Rat sollen den veränderten Gegebenheiten angepasst werden. (...) Die Kommission schlägt vor, Einstimmigkeit im Rat nur noch zu verlangen, wenn es um Änderungen der europäischen Verträge, eine Verschiebung des Gleichgewichtes zwischen den EU-Institutionen, die direkten Steuern oder um die Finanzierung der sozialen Sicherung geht.

In den Bereichen, in denen die EU keine unmittelbaren Befugnisse hat, wie in der Außen- oder Verteidigungspolitik, wäre die Einstimmigkeit ebenfalls weiter erforderlich. In allen anderen Fällen soll der Ministerrat in Zukunft mit einer ‚doppelten Mehrheit‘ beschließen. Sie wäre dann erreicht, wenn die Mehrheit der Mitglieder im Rat

lem auf die Beachtung der Interessen aller Mitgliedsstaaten Bedacht nehmen muss. Nunmehr kann dieses Desinteresse am Konsens in der Debatte um die „Funktionsfähigkeit“ der EU (aus Anlass des geplanten Beitritts von zwölf weiteren Staaten) untergebracht werden. Hier ist jetzt bedeutsam, dass die „Funktionsfähigkeit“ der EU über eine spezifische Sorte des Mehrstimmigkeitsprinzips gewährleistet sein soll: Es muss sich um die Mehrheit derjenigen Staaten handeln, die zusammen genommen die Mehrheit der Unionsbevölkerung (ca. 190 Mio. Menschen) repräsentieren.

Das ist der Punkt, wo sich das deutsche Interesse an der Zurichtung der EU (wie sie in den o.a. Beiträgen dargelegt ist) überschneidet mit dem deutschen Interesse an der Regierungsbildung der ÖVP mit der FPÖ in Wien. Denn hier bahnt sich eine erste Möglichkeit zur Bildung einer großdeutschen Unions-Mehrheit an: Zu den rd. 80 Mio. Deutschen könnten 8,5 Mio. „österreichische Deutsche“ hinzugewonnen werden. Das ist der eigentliche Grund für den in Frankreich – aber auch in Belgien! – wurzelnden EU-Sanktionseifer: Man weiß sich gut zu erinnern – an „Deutsch-Mitteuropa“.

2. Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ entstammt der Fusion von VdU („Verband der Unabhängigen“) und FP („Freiheitliche Partei“) im Spätjahr 1955. Der VdU kann als Zusammenschluss der österreichischen NSDAP-Mitglieder begriffen werden: Die meisten VdU-Funktionäre waren Mitglieder dieser Partei gewesen, und viele von ihnen waren – auf der Grundlage der österreichischen Anti-NS-Gesetze – zu Haftstrafen verurteilt worden. Im Kurzprogramm dieser FPÖ wurde seinerzeit u.a. folgendes geltend gemacht:

„2. Wir bekennen uns zur sozialen Volksgemeinschaft und bekämpfen das



Denken und Handeln in Klassen und Gruppeninteressen. (...)

14. Wir bekennen uns zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft.“¹

Die liberaldemokratischen Akzente des FPÖ-Parteiprogramms haben es in der Folge stets ermöglicht, je nach Lage zwischen großdeutschen (völkischen) und rassistischen Positionen einerseits und „demokratischen“ Positionen andererseits hin- und herzuwechseln.

2.1. 1986 kam es innerhalb der FPÖ zum Sieg der völkischen über die restliberale Strömung: Haider wurde seinerzeit zum Parteivorsitzenden gewählt. Dieser Umbruch bzw. diese Wahl verdankt sich insbesondere der erbitterten Gegnerschaft gegen den Österreichischen Staatsvertrag: Sie hatte in der FPÖ ihre politische Heimat gefunden und drängte seither auf Abstreifung der Bindungen dieses (von der Antihitler-Koalition auferlegten) Friedensvertrags. In den 80-er Jahren lieferten die außerstaatlichen (v.a. von Seiten der BRD ausgehenden) und innerstaatlichen Bemühungen um den Beitritt Österreichs zur EG und zur NATO den Kontext, in dem dieser Umbruch erfolgte. Diese Bemühungen haben einerseits zu einer (Wieder-)Belebung jener völkischen

Kräfte beigetragen – und andererseits konnten sie sich exakt auf jene Kräfte im Innern Österreichs abstützen: Immerhin waren das lauter Sachen, die Österreich in einen (vom Staatsvertrag untersagten) wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss mit Deutschland hinführen mussten.

Im Bundesland Kärnten hatten schon Anfang der 70-er Jahre FPÖ-orientierte Kräfte gegen die Einführung der zweisprachigen Ortschaftschilder in den Gebieten mit slowenischsprachiger Bevölkerung Front gemacht. Diese

Einführung entsprach einer der Staatsvertragsauflagen zum Umgang mit den Minderheiten. Im Frühjahr 1984 hatte Haider – er war seinerzeit für die FPÖ Mitglied der Landesregierung (unter Führung der SPÖ) – die Einleitung eines Volksbegehrens des „Kärntner Heimatdienstes“ unterstützt: Dieses Begehren sollte die Trennung von deutsch- und slowenischsprachigen Kindern an den Schulen im Bundesland Kärnten herbeiführen.

2.2. Haider begreift sich als Vollzug des FPÖ-Programms – das wird u.a. aus folgender Stellungnahme deutlich: „Das wissen Sie so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine ideologische Missgeburt gewesen ist [in der o.a. Talkshow nennt er eine KPÖ-Erklärung aus dem Jahre 1936 als Urheber dieses Begriffs, d.Verf.], denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache, und wenn man es jemandem freistellt, sich als slowenischer Österreicher zu bekennen, als ungarischer, als kroatischer, dann muss es auch möglich sein, sich als deutscher Österreicher zu bekennen. Und das ist auch das, was in unserem Programm formuliert ist.“² Die FPÖ hat ihre Auffassung von der Zugehörigkeit der Öster-

(das sind zur Zeit acht Staaten) und in diesen Staaten auch die Mehrheit der Unionsbevölkerung (rund 190 Mio. Menschen) zusammenkommt. (...)

Die Staats- und Regierungschefs haben für die Regierungskonferenz einen ehrgeizigen Zeitplan aufgestellt: Die Ergebnisse wollen sie am Ende der französischen Ratspräsidentschaft im Dezember in Nizza absegnen. Nur dann wäre die Union im Jahre 2003 bereit, neue Mitglieder aufzunehmen.

Der Machtwechsel an der Donau bedroht dieses Projekt. Er hat das politische Klima in der EU über Nacht verändert. (...) Andererseits bringt die österreichische Krise auch neue Chancen für die Union. Der politische Schulterschuss ist unübersehbar.

Konsens der Demokraten

Die einhellige Empörung der Politiker befördert die öffentliche Debatte in Europa ebenso wie der Streit darüber, wie man sich gegenüber der neuen Regierung in Wien verhalten soll. Beides trägt dazu bei, dass eine europäische Öffentlichkeit entsteht, in der die vitalen Fragen der EU grenz-

überschreitend erörtert werden. Die heftige Reaktion gegenüber dem Pakt zwischen Rechten und Konservativen zeigt, dass die gemeinsamen moralisch-politischen Maßstäbe, die bereits in der Balkan-Krise sichtbar geworden sind, tragfähig bleiben. Hier werden die Grundsteine einer europäischen Identität gelegt.“

2. EU-Sanktionen

„Die Frage lautet ..., ob es in der Union zulässig ist, aus dem Augenblick heraus neue Sanktionsformen zu erfinden, für welche die Verträge keine rechtliche Grundlage hergeben. (...) Die 15 (EU-Mitgliedsstaaten) haben sich... verpflichtet, eine Gemeinsame außen- und Sicherheitspolitik (Gasp) zu erarbeiten und zu verwirklichen. Die Gasp beruht auf dem Gedanken der völligen Gleichheit aller Mitglieder. Wird ein Land links liegen gelassen ..., so ist die Gleichheit nicht mehr gewahrt.

Die Union ist darum nicht hilf- und waffenlos. Gerade in der täglichen Begegnung in ihren zahlreichen Entscheidungsgremien aller Stufen vermag sich Konsens zu bilden. Schlägt die infor-

melle Verständigung fehl, so lässt sich immer noch auf das Verfahren des Artikels 7 zurückgreifen. Nach einer künftigen Erweiterung hin nach Osten wird die Union aller Voraussicht nach recht häufig vor Situationen schwerwiegender politischer Umbrüche in einem der neuen Mitgliedsländer stehen. Wollte sie dann in jedem Falle unterhalb der Schwelle des Artikels 7 eine Palette selbst gebastelter Sanktionsmechanismen einsetzen, fände sie aus der Hektik eines kurzfristigen Aktionismus nicht mehr heraus.“

Hinsichtlich des Artikels 7 wird an anderer Stelle dieses Beitrags festgestellt: „Der EU-Vertrag in der Fassung von Amsterdam sieht ein Sanktionsverfahren (Artikel 7) für den Fall vor, dass ein Mitgliedsstaat eine ‚schwerwiegende und anhaltende Verletzung‘ der Grundsätze begangen hat, wie sie in Artikel 6 als Grundlage der Union festgeschrieben sind: Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit. Am Ende eines solchen Sanktionsverfahrens kann die Suspendierung bestimmter Mitgliedschaftsrechte stehen, insbesondere auch eine Suspendierung der Stimm-

reicher zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ (s.o. Programmpunkt 14) in der gemeinsamen Regierungserklärung mit der ÖVP u.a. an jenem Punkt unterbringen können, wo es um Ansprüche gegenüber dem tschechischen Nachbarstaat geht: „Die Bundesregierung wird ... die Anliegen und Interessen der altösterreichischen Minderheiten im Ausland fördern.“

Aktuell will die ÖVP/FPÖ-Regierung diesen Punkt bezogen wissen auf ihre Bereitschaft, sich „um sachgerechte Lösungen in den Fragen aller im Zuge des Zweiten Weltkriegs zur Zwangsarbeit gezwungenen Personen zu bemühen“. Ihrer Absicht zufolge soll die Frage der Entschädigungszahlungen für die mindestens 700.000 Zwangsarbeiter (während des NS-Regimes in Österreich) verknüpft werden mit der Forderung nach einer Entschädigung für die österreichischen Kriegsgefangenen und die 1945/46 ausgesiedelten ehemaligen deutschsprachigen Bevölkerungsteile in der Tschechoslowakei und Jugoslawien (Slowenien). Möglichkeiten, hier entsprechenden Druck auszuüben, sieht die ÖVP/FPÖ-Regierung v.a. in den Erweiterungsverhandlungen der EU. Darauf Bezug nehmend stellt die gemeinsame Erklärung folgendes fest: „Die Bundesregierung wird daher unter Bedachtnahme auf gesamtösterreichische Anliegen und ... andere offene Probleme gegenüber einzelnen Beitrittskandidaten für den Erweiterungsprozess eintreten.“ Hier kann man die Motive der CSU für das Hinwirken auf die ÖTV/FPÖ-Koalition fast mit Händen greifen: Das Geltendmachen von „sudetendeutschen“ Vermögensansprüchen etc. kann jetzt gleichsam im Zangenangriff auf die Tschechische Republik erfolgen – dafür wird nicht zuletzt der jetzige Finanzminister K.H. Grasser (FPÖ) sorgen, der für die Entschädigungszahlungen zuständig ist. *huh*

Quellen:
1 abgedruckt in: W. Keindel, „Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur“, Wien 1995, S. 407
2 abgedruckt in: „Inlandsreport“, 18.8.1988

rechte im Rat.

Präventive Zielsetzung

Freilich ist das Verfahren mit besonderen Sicherungen umgeben. (...) Es liegt auf der Hand, dass von einem solchen Rechtsverstoß vonseiten Österreichs gegenwärtig nicht die Rede sein kann. Die den beschlossenen Maßnahmen zugrundeliegende Intention ist auch eine ganz andere. Es soll im Vorfeld bereits eine Abwehrmauer gegen Gefahren errichtet werden, die sich aus der Beteiligung der FPÖ an einer Bundesregierung ergeben können. (...)

Längst hat sich aus dem Völkerrecht der Gegenwart der klassische Grundsatz verabschiedet, dass innere Verhältnisse, insbesondere die politische Willensbildung, andere Staaten überhaupt nichts angehen. Seitdem die Menschenrechte zu einem Bestandteil des Völkerrechts geworden sind, gibt es keine Verfassungsautonomie mehr. Denn gerade Art und Form der staatlichen Einrichtungen entscheidet in hohem Maße über die Effektivität des Menschenrechtsschutzes in einem bestimmten Lande.“ (dt.)

Rheinischer Merkur vom 11.2.2000, S. 3

Kosovokonflikt

Nato-Oberkommando will UNO-Resolution aushebeln

Fast ein Jahr ist es nun her, dass die NATO einen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien führte. Lässt man das Jahr Revue passieren und misst die Ereignisse an den vollmundigen Versprechen der Nato-Oberhäupter, so blickt man auf ein Desaster.

Kein Tag vergeht ohne Meldungen über Anschläge auf die Reste der serbischen Bevölkerung im Kosovo. 200.000 hatten schon in unmittelbarer Folge des Bombenterrors ihr Leben nur noch in heillosen Flucht retten können. Nun soll auch noch den wenigen verbliebenen Serben das Leben im Kosovo verwehrt werden. Aber auch Roma, Sinti und andere Bevölkerungsgruppen, die dem UCK-Bild des reinrassigen Kosovos widersprechen, werden verfolgt und vertrieben. Der auslösende Grund für die jetzt aktuellen Kämpfe um die Stadt Mitrovica im Norden Kosovos war ein Anschlag auf einen Bus mit Serben aus umliegenden Dörfern, die unter Aufsicht von KFOR-Truppen zum Einkaufen in die Stadt fahren. Selbst die notwendigsten Lebensumstände können (oder wollen) die KFOR-Truppen für die Bevölkerung nicht mehr sichern. Man muss sich daher auch nicht wundern, wenn die Serben hier zur Selbstverteidigung greifen und gegen die Verhältnisse revoltieren.

Auch haben etwa 6.000 Kosovo-Serben in Gracanica nahe der Provinzhauptstadt Pristina gegen die KFOR protestiert. Die KFOR unternehme nichts zum Schutz der Serben gegen die andauernden Übergriffe albanischer Extremisten, so die Demonstranten zu der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug. Die Serben wollen ihre seit mehreren Tagen aufgestellten Straßensperren auf den Zufahrtsstraßen der Ortschaft „aus Sicherheitsgründen“ nicht räumen. In der seit Tagen von gewalttätigen Auseinandersetzungen geprägten Stadt Mitrovica hat jetzt die serbische Bevölkerung einen eigenen Sicherheitsdienst organisiert, weil die KFOR-Truppen keine Gewähr mehr für die Sicherheit der Bevölkerung geben. Der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic kritisierte die Nato und die Vereinten Nationen wegen der gewalttätigen Zwischenfälle im Kosovo.

Ungehalten sind die Menschen auch

deswegen über die verfahrenere Situation, weil nach Ende der Kampfhandlungen Abmachungen über den Status und die Sicherheit der Menschen im Kosovo getroffen wurden, die eindeutig von Nato-Seite her nicht eingehalten werden.

In den Vereinbarungen der jugoslawischen Regierung mit dem als Vermittler in dem Konflikt eingesetzten damaligen finnischen Präsidenten Atisari wurden Bedingungen ausgehandelt, die die Integrität des jugoslawischen Staates und ein Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen gewährleisten sollten. Diese Vereinbarung wurde dann eine Grundlage für die UNO-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 und das militärisch-technische Abkommen zwischen der Nato und der jugoslawischen Regierung vom 15. Juni 1999. Diese sind bis heute die grundlegenden Dokumente, die das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im



Massenversammlung für ein „ethnisch reines“ albanisches Kosovo unter Nato-Schutz

Kosovo, der Nato, der KFOR, der UNO und der jugoslawischen Regierung regeln. Die jugoslawische Regierung bezieht sich bis heute positiv auf diese UNO-Resolution. Schon kurz nach deren Verabschiedung erklärte der jugoslawische Außenminister Jovanovich am 25.6.1999 vor dem Parlament in Belgrad: „Die Resolution des UN-Sicherheitsrates gibt die Garantie für die territoriale Souveränität und Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien und schafft die Bedingungen für eine friedliche Lösung der Kosovo-Krise, basierend auf Autonomie, Selbstverwaltung im Rahmen der Souveränität und territorialen Integrität unseres Landes.“

Die Nato-Verantwortlichen und die derzeitige UNO-Verwaltung sehen das offenbar anders. Denn sie verstoßen gegen die Festlegungen.

So heißt es z.B. in der UNO-Resoluti-

on 1244: Erreicht werden soll: „Ein politischer Prozess zur Schaffung einer politischen Übergangsrahmenvereinbarung, die eine substantielle Selbstverwaltung für das Kosovo unter voller Berücksichtigung des Rambouillet-Abkommens und der Prinzipien der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Länder der Region vorsieht, sowie die Demilitarisierung der UCK. Die Verhandlungen zwischen den Parteien über eine Regelung sollen die Schaffung demokratischer Selbstverwaltungsinstitutionen weder verzögern noch stören; ... Gewährleistung der sicheren und ungehinderten Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat im Kosovo“.

Zunächst hatte die Nato die Demilitarisierung der UCK immer wieder hinausgezögert, und sie hat sie bis heute nicht ernsthaft durchgesetzt, die UCK, die inzwischen das offizielle Polizeikorps stellt – serbische Bewerber wurden früh herausgesäubert –, hat einen großen Teil der Waffen behalten. Auch können nicht „alle“ Flüchtlinge und Vertriebene ungehindert in den Kosovo zurückkehren.

Offensichtlich führt die UNO-Verwaltung auch Maßnahmen durch, die sich gegen die territoriale Integrität Jugoslawiens richten.

Dazu gehört z.B., dass die Protektorsverwaltung (UNMIK) an den Grenzübergängen des Kosovo – mit Ausnahme zu Serbien – insgesamt 25 Zollstellen errichtete, um auf die bisher unkontrollierten Importe Abgaben einzutreiben, die sich nach Angaben der *Financial Times* jährlich auf zwischen 70 und 80 Millionen DM belaufen werden.

Diese Zolleinnahmen werden aber nicht an die Zentralregierung in Belgrad abgegeben, sondern der von der UCK gestellten „provisorischen Regierung“ zur Verfügung stehen. Dazu gehört ebenso die Einführung der DM als zentrale Währung im Kosovo. Der Leiter von UNMIK Bernard Kouchner hatte eine Verordnung unterzeichnet, wonach die deutsche Währung den jugoslawischen Dinar so gut wie ablöst. „Wir wollen den Dinar nicht verbieten, aber wir werden nicht zu seiner Verwendung ermuntern“, sagte UNMIK-Sprecherin Joly Dixon. „Jeder, der in Dinar zahlen will, muss dafür eine zusätzliche Gebühr entrichten.“ Hier wird der Zynismus auf die Spitze getrieben. In der jugoslawischen Provinz Kosovo wird der Gebrauch der jugoslawischen Währung mit einem Strafartikelfestgelegt, damit sie möglichst schnell verschwindet. Und das alles unter angeblicher Wahrung der jugoslawischen Souveränität über die Provinz. Jeder weiß jedoch, dass Souveränität über ein Territorium, auch über ein autonomes Territorium, durch nichts besser reflektiert wird als durch die Währungshoheit. Und die wird hier von der UNMIK in flagranter Weise und im Widerspruch mit der UN-

Resolution unterlaufen.

Während die UNMIK sich einen Teufel um die UNO-Resolution 1244 kümmert, die ja überhaupt erst die Grundlage für ihr Handeln im Kosovo ist, hat sich die jugoslawische Regierung immer positiv auf das Dokument bezogen. Als im August des vergangenen Jahres die Verletzungen dieser Resolution sich häuften, appellierte die jugoslawische Regierung nochmals verschärft an die UNO, die Umsetzung der Resolution zu garantieren. Sie erhob damals folgende Forderungen:

- die volle Achtung der territorialen Integrität und Souveränität sowie die Achtung jugoslawischer und serbischer Gesetze;
- die energische Unterbindung des Terrors und der ethnischen Vertreibungen und die Gewährleistung der Sicherheit aller Bürger und ihres Eigentums;
- die sofortige und effektive Entwaffnung der UCK und Unterbindung der illegalen Waffeneinfuhr;
- die volle Achtung der Sicherheit und



Überfallene Serben

Unverletzbarkeit der Staatsgrenze der BRJ;

- die sofortige Stationierung eines Kontingents der jugoslawischen Armee und Polizei an den Grenzübergängen und die Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiter des jugoslawischen Zolls;
- die Ausweisung aller Personen, die keine Bürger der BRJ sind;
- die Achtung des Visaregimes und der internationalen Verträge der BRJ;
- Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen bei der Schaffung zeitweiliger Organe der Selbstverwaltung und die Gewährleistung, dass in diesen Organen nur legitime Vertreter der nationalen Gemeinschaften vertreten sind;
- Sicherung der Unantastbarkeit des Privateigentums sowie des Staatseigentums der BRJ und Serbiens und
- die Verhinderung der Bildung illegaler paralleler Institutionen und Polizeiorgane.

Die jugoslawische Regierung forderte damals auch den Abschluss eines umfassenden Vertrages zwischen der BRJ als Empfangsstaat und der UNO, um eine effektive Umsetzung der Resolution 1244 zu gewährleisten.

Das ist auch notwendig, denn die jüngsten Ereignisse zeigen, dass die Nato die Resolution bewusst verletzt, um damit

auch einen weiteren Krieg zu provozieren. Es handelt sich um die Umsetzung der in Anhang 2 der UNO-Resolution festgelegten Rückkehr von serbischen Sicherheitskräften in den Kosovo. In der Resolution heißt es dazu:

„Nach dem Abzug wird eine vereinbarte Zahl jugoslawischen und serbischen Personals die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten, um folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Verbindung mit der internationalen Zivilmission und der internationalen Sicherheitspräsenz;
- Markierung und Räumung der Minenfelder;
- Aufrechterhaltung einer Präsenz an Stätten des serbischen Kulturerbes;
- Aufrechterhaltung einer Präsenz an wichtigen Grenzübergängen.“

Nachdem die Sicherheit der serbischen Bevölkerung durch die KFOR-Truppen nicht gewährleistet ist, hatte sich der jugoslawische Präsident Milosevic auf diesen Passus der UNO-Resolution bezogen, als er am 30. Dezember 1999 in einem Interview die Rückkehr des jugoslawischen Militärs nach Kosovo ankündigte. Und der Befehlshaber der 3. Armee, General Nebosja Pavkovic, betonte Anfang Januar, dass die serbische Kontrolle über die Provinz nur zeitweise aufgehoben sei. Wenigstens ein Kontingent seiner Soldaten solle noch in diesem Halbjahr nach Kosovo zurückkehren,



Vertriebene Roma im Flüchtlingslager

wie es im militärisch-technischen Abkommen zwischen der Nato und Jugoslawien vom 15. Juni 1999 vorgesehen ist.

Genau an diesem Punkt wollen die US-Militärs jetzt aber wieder den Krieg. Unmittelbar nach dem Milosevic-Interview schloss der Nato-Oberbefehlshaber für Europa, General Wesley Clark, die Rückkehr jugoslawischer Soldaten kategorisch aus. Dem montenegrinischen „Monitor“ erklärte Clark am 30. Dezember, es werde der „jugoslawischen Armee nicht erlaubt, nach Kosovo zurückzukehren ... Sollte sie es doch versuchen, wird sie daran gehindert werden.“ Und mit dieser Aussage widerspricht der Nato-Oberkommandierende der UNO-Resolution 1244 und dem militärisch-technischen Abkommen zwischen Nato und der jugoslawischen Regierung vom 15. Juni 1999 und betreibt den strafrechtlichen Tatbestand des Vertragsbruchs.

hav

Nach über 9 Monaten im Streik wurden am Sonntag, den 6. Februar 2000, die UNAM (Universidad Nacional Autonoma de Mexico), die größte Universität Lateinamerikas, von mehreren tausend Polizisten geräumt. Alle StudentInnen wurden verhaftet. Gegen diese Räumung und für die Freilassung aller Verhafteten demonstrierten in der vergangenen Woche Zehntausende Studenten, unterstützt von Oppositionspolitikern und Gewerkschaftern. Schätzungen sprechen von bis zu 100.000 Teilnehmern, die vor den Regierungspalast im Stadtzentrum von Mexiko-Stadt zogen. Auf dem Foto sieht man den Haupteingang der Politikwissenschaftlichen Fakultät. Dort prangte ein überdimensionales Transparent. „Wir werden die Universität nicht an die Besitzer des Geldes übergeben – Dem Volk, was dem Volk gehört. Nicht einen Schritt zurück! Es lebe der Streik!“ In diesem Sinne hatten sich nach der Räumung der UNAM mehr als 800



Studenten in der UAM, einer anderen staatlichen Hauptstadt-Universität, versammelt und verkündet, der Streik werde fortgesetzt. Studenten mehrerer Universitäten traten in eintägige Solidaritätsstreiks und kündigten weitere Aktionen an.

Sieben Balkanstaaten unterzeichnen Kooperationsabkommen

Sieben Balkanstaaten haben am Samstag unter Ausschluss Jugoslawiens ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der Verbesserung der Demokratie und Stärkung der Wirtschaft in ihren Ländern unterzeichnet. Das dritte Treffen des sogenannten Südosteuropäischen Kooperationsprozesses (SEEC) in der rumänischen Hauptstadt Bukarest war geprägt von der Lage in Jugoslawien, das vorübergehend aus dem Gremium ausgeschlossen ist. Die Mitgliedsländer forderten die Bürger Jugoslawiens auf, zur Demokratisierung ihres Landes beizutragen. Zugleich sprachen sie sich dafür aus, dem im Kosovo-Krieg schwer getroffenen Land humanitäre Hilfe zuteil werden zu lassen.

Von jugoslawischer Seite wurde das Treffen heftig kritisiert. Die an der jugoslawischen Regierung beteiligte Partei „Jugoslawische Linke“ teilte in einer Erklärung mit, dass ohne Jugoslawien nichts in der Region erreicht werden könne. Das Treffen sei „zum Scheitern verurteilt“, weil Jugoslawien auf Druck der USA und der Europäischen Union ausgeschlossen worden sei. Die USA und die EU hätten die Wirtschaftssysteme der Balkanstaaten durch die Sanktionen gegen Jugoslawien geschwächt und würden sie weiter als Testgebiet für Waffen und Müllplatz für atomaren Abfall miss-

brauchen. „Der einzige Ausweg aus diesem Albtraum für die Menschen in Südosteuropa ist eine Zusammenarbeit mit Jugoslawien“, heißt es in der Erklärung der kommunistischen Partei.

Zu den SEEC-Staaten gehören Albanien, Bulgarien, Bosnien-Herzegowina, Griechenland, Mazedonien, Rumänien und die Türkei. Beobachterstatus genießen Ungarn, Moldawien und die Ukraine. Bei dem eintägigen Gipfel der Regierungschefs war auch Bodo Hombach zugegen, der Koordinator für den Balkan-Stabilitätspakt.

Eurokorps soll Kosovo-Kommando übernehmen

Die Nato-Staaten haben eine Übertragung des Oberkommandos der Nato-Friedenstruppe im Kosovo (KFOR) an das Eurokorps gebilligt. Ein Nato-Sprecher sagte am Freitag in Brüssel, der Nato-Rat habe diesen Beschluss gefasst. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) und weitere Verteidigungspolitiker der Europäischen Union (EU) hatten sich für die Übertragung des Kommandos ausgesprochen, um die Bemühungen der EU um eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu unterstreichen. Diplomaten äußerten die Erwartung, dass die Zentrale des Eurokorps nun aufgestockt werden müsse. Dieses umfasse nur 300 bis 400 Mann, während das gegenwärtige Kosovo-

Kommando über 1200 bis 1500 Mann verfüge. Das Eurokorps war 1992 aufgrund einer deutsch-französischen Initiative ins Leben gerufen worden. Es ist in Straßburg stationiert. (Quelle: Reuters)

Spaniens Sozialisten für Wahlbündnis mit Vereinten Linken

Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) und die Vereinte Linke (IU) haben sich auf ein Wahlbündnis geeinigt. So wollen sie bei den Wahlen am 12. März die Herrschaft der konservativen Volkspartei (PP) von Ministerpräsident José María Aznar in Spanien stürzen.

Gelingen soll das mit der Propagierung folgender Forderungen: Schaffung eines Gesetzes, das die Einführung der 35-Stunden-Woche, die Beschränkung von Zeitarbeit und einen Anstieg der Mindestlöhne vorsieht. Im Sozialsektor wird die Anhebung der Mindestrenten gefordert, eine Verbesserung der medizinischen Versorgung und eine Angleichung der Leistungen zwischen den armen und reichen Regionen. Neben Punkten wie dem Ersatz von Atomkraft durch alternative Energiequellen und der Gleichberechtigung der Frau findet sich vor allem in der „Politik der Autonomen Regionen“ Neues. Die Linke setzt auf eine Befriedung des Baskenlandes mittels Dialog und will einen „Staat aus autonomen Regionen mit der Perspektive eines föderalen Systems“ einführen. Die PP habe es nicht verstanden, „eine Situation des Friedens, wie es sie Jahre nicht gab, zu nutzen“, kreiden beide die harte Haltung der Regierung während der 18monatigen Waffenruhe der baskischen Separatistenorganisation ETA an.

Peru: Niedrigste Sozialausgaben Lateinamerikas

(Lima, 3. Februar 2000, pulsar-Poonal). - Die peruanische Regierung gibt im Vergleich zu den übrigen lateinamerikanischen Staaten am wenigsten für die soziale Versorgung der Bevölkerung aus. Das geht aus einer neuen Untersuchung hervor, die von Pedro Morázan, Mitarbeiter des deutschen Instituts „Südwind“ herausgegeben wurde. Die niedrigen Sozialausgaben spiegeln sich vor allem im mangelhaften Gesundheitssystem des Andenlandes wieder. Morázan sieht den Grund für niedrige Sozialleistungen in der Verpflichtung der Regierung, große Summen für die Bezahlung der Auslandsschulden aufbringen zu müssen. Das Südwind-Institut arbeitet mit der peruanischen Kirche zusammen, um die Reduzierung dieser wirtschaftlichen Belastung zu erreichen. Nach den Berechnungen der Studie werden 30 Prozent der Exporteinnahmen Perus für die Bezahlung der Zinsen für die Auslandsschulden aufgewendet.

Zusammenstellung: hav

MÜNCHEN. Am 5. Februar fand in München eine Protestaktion gegen die dort tagende NATO-„Sicherheitskonferenz“ statt. In dem Flugblatt heißt es u.a.: „Wir fordern, dass die am Krieg beteiligten NATO-Staaten für die Kosten des Wiederaufbaus und für die Beseitigung der Langzeitschäden aufkommen müssen. Die Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik Deutschland sind aus dem laufenden Haushalt des Rüstungsministeriums zu finanzieren. Darüber hinaus fordern wir die Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen gegen die BR Jugoslawien. Der Krieg der NATO darf nicht mit Mitteln ökonomischer Erpressung fortgesetzt werden.“ *lbm*



Aktion von Robin Wood: Transrapid-Milliarden für Bahnausbau nutzen!

FRANKFURT. Mit einem Scheck der Deutschen Steuerzahler Bank über 6,1 Milliarden Mark und einem Geldkoffer haben am 5. Februar AktivistInnen der Umweltschutzorganisation ROBIN WOOD Bahnchef Hartmut Mehdorn beim Transrapid-Spitzengespräch in Frankfurt empfangen. Verkehrsreferentin Steffi Barisch beglückwünschte den Bahnchef zu seinen klaren Äußerungen gegen den Bau der Transrapid-Strecke Berlin-Hamburg und sagte: „6,1 Milliarden Mark sollten allein für den Bau des Fahrwegs in den Sand gesetzt werden. Mit viel Engagement haben wir daran gearbeitet, dem Steuerzahler diese Fehlinvestition zu ersparen. Jetzt ist es allerhöchste Zeit für eine rapide Transaktion: Lenken Sie die Transrapid-Milliarden um, Herr Mehdorn und investieren Sie in den Ausbau einer Flächenbahn für alle!“

www.umwelt.org/robin-wood/german

Schichtwechselblockade am Atomkraftwerk Neckarwestheim

NECKARWESTHEIM. Atomkraftgegner hinderten am 7. Februar von 6.30 Uhr bis 8.00 Uhr durch eine Blockade an Tor 1 die Mitarbeiter des GKN daran, das Atomkraftwerk anzufahren oder zu betreten. Mit dieser Aktion protestierten sie gegen die Erteilung der Transportgenehmigung von Castoren nach Ahaus sowie gegen den „Atomausstieg im Konsens“. In ihrer Erklärung schreiben sie: „Die angebotenen 30 Jahre Restlaufzeit stellen keinen Atomausstieg dar, sie liegen sogar noch über den bisher üblichen Laufzeiten der AKWs. Durch die jetzt genehmigten Castor-Transporte von Neckarwestheim, Biblis und Philippsburg in das sogenannte Zwischenlager nach Ahaus und die beantragten Standort-Zwischenlager an den Atomkraftwerken kann sich die Atommüllspirale noch jahrzehntelang weiter drehen. Mit den angebotenen 30 Jahren Restlaufzeit würde Neckarwestheim II noch 20 Jahre lang Atomstrom und hochradioaktiven Atommüll produzieren. Der im Koalitionsvertrag

von Rot-Grün angestrebte Atomausstieg ist endgültig gescheitert! Wir mischen uns in das bis Ende Februar angesetzte Nachdenken über die Restlaufzeit der Atomkraftwerke ein.“ Aktionsbündnis Castor-Widerstand, 71638 Ludwigsburg, Tel. 07141-903363, Fax -923991 *kbs*

Mediationsverfahren zum Frankfurter Flughafen abgeschlossen

FRANKFURT. In einer gemeinsamen Pressekonzferenz am 31. Januar verurteilten 42 Bürgerinitiativen, drei Naturschutzverbände und die Gewerkschaft Bauern-Agrar-Umwelt das am gleichen Tag benannte Mediationsverfahren als Etikettenschwindel. Sie befürchten mindestens eine Verdoppelung des heutigen Fluglärms und Waldrodungen bis zu 600 ha mitten im Ballungsgebiet. Den Mediatoren und allen, die dieses Verfahren politisch initiiert haben, werfen sie vor, sich von Beginn an nicht vorrangig für den Schutz von Mensch und Natur, sondern für den Ausbau des Flughafens eingesetzt zu haben. Von dem Dutzend Ausbauvarianten sind vier übrig geblieben. Die Ausbaueegner befürchten aber, dass politisch die Durchsetzung des maximalen Ausbaus geplant ist, d.h. der Bau von zwei zusätzlichen Bahnen im Süden. Das zur Akzeptanzsteigerung des Ausbaus in Aussicht gestellte Nachtflugverbot und die Schließung der Startbahn 18 West werden als Tricks zur Täuschung der Bevölkerung bewertet. Die Südbahnvariante würde Lärm von bis zu 147 Maschinen pro Stunde bringen! Die Initiativen, Ver-



bände und IG Bau rufen daher zu weiterem Widerstand auf. Das Bild zeigt die Protestveranstaltung am 31.1. auf dem Römerberg. *fi, Foto: Rudi Hechler*

Schluß mit der Apartheid in der deutschen Familienpolitik!

BREMEN/JENA. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen ruft zu einer Faxkampagne und Demonstrationen am 19. Februar in Bremen (Hauptbahnhof 12 Uhr) und am 25. März in Jena (Uniturm, 13 Uhr) auf. Fast jedes binationale Paar wird in Deutschland mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, wenn der eine Partner aus einem nicht-westlichen Land kommt, und ganz besonders, wenn er eine dunkle Hautfarbe hat. Wirklich existenzbedrohend ist, dass die deutschen Behörden darauf hinwirken, den Partner auszuweisen und so das Zustandekommen einer binationalen Familie von vornherein zu verhindern versuchen. www.humanrights.de

Naziterror und Gegenwehr

ELMSHORN. Rund 600 bis 700 Menschen demonstrierten am 5. Februar in Elmshorn gegen den seit Wochen wachsenden Nazi-Terror. Ende September wurden zwei Männer festgenommen, die Plakate mit Hakenkreuz und der Parole „Juden raus!“ klebten und die den Nazi-Gruppen „Freie Nationalisten“ und „Hamburger Sturm“ zugerechnet werden. Danach wird das Büro der IG Metall zweimal Objekt von Anschlägen. Antisemitische und andere Hetzparolen werden an einigen Schulen, die ein antifaschistisches Plakat unterstützt hatten, geschmiert. Die Bürgermeisterin, die das Plakat ebenfalls unterstützt hatte, erhält ein NPD-Pamphlet an ihre Privatadresse, später wird ein Fenster ihres Hauses durch ein Einschussloch zerstört. Die Demonstration richtete sich gegen einen Aufmarsch, mit dem Neonazi-Gruppen aus Hamburg und Schleswig-Holstein eine antifaschistische Kundgebung stören wollten. Weitere Diskussionen, Veranstaltungen und Aktionen sind in Planung.

Red. Lokalberichte Hamburg

NPD plant erneut einen Aufmarsch in Berlin am 12. März

BERLIN. Die NPD hat für den 12. März eine Demonstration zum Brandenburger Tor angemeldet. Unter dem Motto „Wir sind ein Volk – Nationale Solidarität mit Wien“ ist ein Marsch von der Jannowitzbrücke zum Pariser Platz geplant. Am 12. März 1938 waren deutsche Truppen in Österreich einmarschiert und hatten den Anschluss an Deutschland vollzogen. Ende Januar waren bereits mehr als 700 Neonazis durch das Brandenburger Tor gezogen. Diese Demonstration hatte europaweit für Empörung gesorgt. Am 26. Februar planen Neonazis außerdem einen Gedenkmarsch für den SA-Mann Horst Wessel, der vor 70 Jahren ums Leben kam. Die Symbole der Einheit dürfen nicht zum „Aufmarschgebiet für rechte wie linke Extremisten“ werden, sagte CDU-Sprecher Matthias Wambach. Die PDS-Landesvorsitzende Petra Pau will mit Gewerkschaften und anderen Parteien reden, um eine Gegendemonstration zu organisieren.

BZ 14.2., www.infolinks.de/dir-ml/00/02

Bisher größte antifaschistische Demonstration gegen NPD in Gera

GERA. „Mit 850 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der antifaschistischen Bündisdemonstration haben sich unsere Erwartungen mehr als erfüllt“, kommentiert das Bündnis gegen Rechts Gera die Ereignisse des 12. Februar in Gera. Das Bündnis, bestehend aus autonomen Antifagruppen, Gewerkschaften, PDS und Bündnis 90/Die Grünen, hatte dazu aufgerufen, den Naziaufmarsch zu verhindern und solidarisch mit den Flüchtlingen zu sein.

Leider konnte das Ziel, den Naziaufmarsch zu verhindern, durch das unverständliche Auftreten des Oberbürger-

meisters Rauch, nicht verwirklicht werden. Rauch hatte im Vorfeld des 12. Februar antifaschistische Aktivitäten diskreditiert. Dennoch betrachtet das Bündnis es als Erfolg, dass durch die Gegendemonstration die Route der NPD erheblich verkürzt wurde. „Auch in Zukunft werden wir uns allen faschistischen Aktivitäten entgegenstellen! Um Nazis gesellschaftlich zu isolieren und langfristig handlungsunfähig zu machen, bedarf es der öffentlichen Positionierung vieler gesellschaftlicher Gruppen und Persönlichkeiten“, so ein Bündnisvertreter.

Weitere Infos:
<http://talk.to/thueringer.autonome> oder
<http://www.lag-antifa.de>



Städtische Betriebe sollen zahlen!

KÖLN. Der Rat der Stadt Köln hat in einem einstimmigen Beschluss die städtischen Betriebe aufgefordert, sich an dem zentralen Entschädigungsfonds zu beteiligen. Den Anstoß für diesen Schritt hatte eine Anfrage der PDS Offene Liste gegeben, die in der Öffentlichkeit auf große Beachtung stieß. Daraufhin brachte die SPD einen Antrag in den Rat ein, der die Beteiligung städtischer Betriebe am zentralen Entschädigungsfonds vorsah. Eine direkte Beteiligung hielt die SPD nicht

für möglich, weil der Städtetag eine solche Beteiligung für problematisch hält. Die PDS stellte daraufhin einen Änderungsantrag, der einen zusätzlichen Sozial- und Hilfsfonds von 500.000 DM für ehemalige Kölner Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter vorsah. Einzelne SPD-Ratsmitglieder begrüßten die Initiative. Gleichzeitig beschloss bereits der Rat der Stadt München einstimmig einen solchen Hilfsfonds, so dass die Ratssitzung spannend zu werden versprach. Am Tag vor der Ratssitzung entschied sich die SPD gegen den Änderungsantrag der PDS, Bündnis 90/Die Grünen dagegen unterstützten den Antrag. Jetzt muss man in den nächsten Wochen darauf achten, ob und in welcher Höhe sich die städtischen Betriebe am zentralen Entschädigungsfonds beteiligen. Das Bild zeigt eine Aktion am 27.1. in Köln, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. jöd, Foto: K.H.

Solidarität mit den Studierenden der Universität Mexiko

KAISERSLAUTERN. Das Studierendenparlament der Universität Kaiserslautern solidarisiert sich mit den Forderungen der streikenden Studierenden der Autonomen Nationaluniversität Mexikos (UNAM). In der Erklärung vom 9. Februar heißt es: „Wir unterstützen sie in ihrem Kampf gegen die massive Erhöhung der Studiengebühren und für mehr Demokratie und Mitbestimmung im Hochschulwesen. Wir verurteilen die Erstürmung der besetzten Universität durch Spezialeinheiten der Bundespolizei und fordern den Abzug der bewaffneten Spezialkräfte, um eine friedliche Lösung des Konflikts an der UNAM zu ermöglichen. Des weiteren fordern wir die sofortige Freilassung der über 600 verhafteten Studierenden!“

www.nadir.org/nadir/aktuell/2000/02

24. März: Jahrestag des NATO-Krieges gegen Jugoslawien

KASSEL. Auf dem 6. Friedensratschlag im Dezember 1999 wurde der Vorschlag gemacht, zum 1. Jahrestag des Beginns des NATO-Krieges gegen Jugoslawien eine gleichlautende deutschsprachige Zeitungsanzeige in österreichischen, schweizerischen und deutschen Zeitungen zu platzieren. Die Freunde aus Österreich haben den folgenden Text erarbeitet und mit der Schweizer Friedensbewegung und mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag abgesprochen. Für die Anzeige werden nun Unterschriften und Spenden gesammelt.

Wirtschaftsembargo aufheben – Kriegsschäden beseitigen

Die Zerstörung ziviler Ziele und der Infrastruktur, der Einsatz von Uranmuni-

tion, Splitter- und Streubomben und ökologische Kriegsführung waren Teil der Strategie des völkerrechtswidrigen NATO-Krieges gegen Jugoslawien (u.a. Verstoß gegen UNO-Resolutionen Nr. 75/I und Nr. 130). Sie hat vor allem die Zivilbevölkerung getroffen, die noch immer schwer darunter leidet.

Menschliches Leid ist nicht wieder gutzumachen, zumindest aber die materiellen Schäden! In diesem Bewusstsein und im Mitgefühl für die Opfer dieser „humanitären Intervention“ fordern wir von den NATO-Ländern und den EU-Ländern ohne NATO-Mitgliedschaft (weil sie den Krieg grundsätzlich unterstützt haben):

- eine entsprechende Schadensersatzleistung für alle Kriegsschäden: d.s. Brücken, Straßen u.a. Verkehrswege, Krankenhäuser, medizinische Einrichtungen, Gesundheitsschäden, Schulen,

Kindergärten, Wohnhäuser, Kulturdenkmäler, Kirchen, Agrarflächen, Energieversorgungseinrichtungen u.v.a. mit geschätzten Gesamtkosten von mindestens 240 Mrd. DM (nach Weltbank-Berechnungen),

- die vollständige Aufhebung des zehnjährigen Wirtschaftsboykotts und die Entkoppelung von humanitärer Hilfe und politischem „Wohlverhalten“ im Sinne der NATO-Politik.

- Internationale Beobachtung soll gewährleisten, dass die finanziellen Mittel zweckgemäß verwendet werden und dass der Wiederaufbau nicht den Geschäftsinteressen westlicher Konzerne dient.

Kasseler Forum für den Frieden e.V., Kto. Nr. 065508, BLZ 520 503 53, Kasseler Sparkasse. Spohrstr. 6, 34117 Kassel, eMail: strutype@hrz.uni-kassel.de, www.uni-kassel.de/fb10/frieden/bewegung

Nach der Abwahl Kohls ging die Union in die Offensive. In Hessen sammelte Koch Unterschriften gegen das Einbürgerungsge-
setz. Die SPD wich zurück. Die CSU in Bayern nahm die Hetzkampagne auf. Die Verbindung von Konservatismus und Rechts-
radikalismus brachte Wahlerfolge. Erst das Losbrechen des Spendenskandals führte zu einer Krise. – Die Planung der Münch-
ner CSU muss als sicheres Indiz dafür gewertet werden, dass starke Kräfte in der Union aus der neuen Krise nach dem alten
Konzept herauswollen. Der Münchner Vorstoß ist mehr als eine Provokation. Wir veröffentlichen Kommentare und Stellung-
nahmen so breit, weil sich eine Strategie abzeichnet und weil nicht vergessen werden darf, wie hilflos die Linke der ausländer-
feindlichen Doppelpasskampagne gegenüberstand, als die Union auf die Strasse ging. maf

Stellungnahme des Münchner Ausländerbeirats

„Ausländerbeirat steht nicht zur Disposition“

Der Vorschlag der Münchner CSU, den Ausländerbeirat abzuschaffen, über-
rascht uns nicht. Wir fassen ihn rück-
blickend sogar als Kompliment für unse-
re Arbeit auf. Der Ausländerbeirat hat
sich zuletzt vehement gegen die Doppel-
passkampagne der Unionsparteien ge-
wandt und auch im OB-Wahlkampf ein-
deutig gegen die integrationsfeindlichen
Thesen des Kandidaten Wolf Position be-
zogen. Auch die CSU weiß, dass der Aus-
länderbeirat in den 25 Jahren seines Be-
stehens alles daran gesetzt hat, die Inte-
gration von Menschen unterschiedlich-
ster Herkunft, Sprache, Hautfarbe oder
Religion in dieser Stadt zu fördern und
engagiert gegen jede Form von Rechtsra-
dikalismus und Diskriminierung von
Minderheiten einzutreten. Der Auslän-
derbeirat fördert Projekte und Veranstal-
tungen im kulturellen und sportlichen
Sektor, die sich positiv auf das Zusam-
menleben von Münchnerinnen und Mün-
chnern aller Nationalitäten auswirken.

Die CSU hat sich für diese Aspekte un-
serer Arbeit bislang kaum interessiert,
lässt aber keine Gelegenheit aus, die in

München lebenden Ausländer in Miss-
kredit zu bringen. Beispiel Sozialwoh-
nungen: Die CSU verschweigt, dass es
Sozialwohnungen mit Ausländeranteilen
von weit unter 30 Prozent gibt. Wer we-
niger Ausländer in der Wohnanlage A for-
dert, muss auch offen dafür eintreten,
dass eine Umverteilung in der Wohnan-
lage B, in der fast keine Ausländer leben,
ermöglicht wird. Fakt ist, dass unter 20
Prozent aller Sozialwohnungen von Aus-
länderhaushalten bewohnt werden und
dass es längst nicht mehr zeitgemäß ist,
nach „Ausländern“ und „Deutschen“ zu
differenzieren, wenn es darum geht, ein
sozialverträgliches Wohnumfeld und
gutnachbarliche Strukturen zu schaffen.
Thema Kosten: Der Kostenfaktor spielt
für die CSU in Wirklichkeit eine unter-
geordnete Rolle: Der Ausländerbeirat ist
ein vergleichsweise „billiges“ Gremium.
Die ehrenamtlichen Mitarbeiter erhalten
beispielsweise nur 25 Mark Aufwands-
entschädigung je Sitzung. Für diesen Be-
trag würde ein CSU-Stadtrat nicht mal
die Hand heben.

Wir empfehlen der CSU einen Blick in

das anlässlich der Doppelpasskampagne
entworfene integrationspolitische Pro-
gramm der eigenen Partei. Dort heißt es:
„Wir fordern: Würdigung und Unterstüt-
zung der großen Städte als Integrations-
zentren“ und die „Einbeziehung der Aus-
länderbeiräte“. Von der Abschaffung des
Ausländerbeirates, Ausgrenzungspoli-
tik, Zuzugssperre (trotz zurückgehender
Ausländerzahlen) und Toleranz gegen-
über Rechtsextremisten (Haider) ist dort
keine Rede.

Angesichts der bundesweit niedrigen
Wahlbeteiligungen bei Ausländerbei-
ratswahlen stellen wir uns natürlich der
Diskussion, wie in Zukunft der Auslän-
derbeirat gebildet werden soll. Denn es
ist nicht leicht, Wähler für ein Gremium
ohne Parteienlandschaft, ohne Wahl-
kampfkostenzuschüsse und ohne Ent-
scheidungskompetenzen zu motivieren.
So gesehen verbuchen wir es als Erfolg,
dass zuletzt über 19.000 Wähler dem Aus-
länderbeirat ihre Stimme gegeben haben.
Wer trotzdem die Existenzberechtigung
des Gremiums in Frage stellt, will die
Stimme der ausländischen Bevölkerung
mundtot machen. Der Münchner Stadt-
rat wird dieses Spiel sicher nicht mit-
spielen. *Cumali Naz, Vors. Ausländerbeirat*

Kommentar

Die Münchener CSU „haidert“!

Nach Wildbad Kreuth hatte sich die
Führung der Münchner CSU zurückge-
zogen, um eine „Strategie“ zur Erober-
ung des Rathauses im Jahr 2000 auszu-
tüteln. Sie setzt weiter darauf, ihre deut-
schen Wähler „gegen Ausländer“ aufzu-
hetzen, wie schon bei der Unterschrif-
tensammlung gegen die doppelte Staats-
bürgerschaft und erleichterte Einbürge-
rung. Wohl auch als Rache, weil dieser sie
damals beim Verbreiten gefälschter Zah-
len ertappt hatte, fordert sie nun die „Ab-
schaffung des Ausländerbeirats“.

Selbst das zurechtgestutzte und ver-
stümmelte Bundesgesetz zur erleichter-
ten Einbürgerung will man weiter
bekämpfen und aushöhlen. „Ein-Deut-
schen“ statt „Ein-Bürgern“ ist wohl das
Motto der CSU, wenn sie einen Zwangs-
unterricht „zum Verständnis deutscher
Geschichte und Kultur“ fordert. Wer dar-
an nicht innerhalb von drei Jahren, nach-
dem er in unsere Stadt gekommen ist,
teilnimmt, soll die Aufenthaltserlaubnis
verlieren.

Besonders infam ist die Forderung der
Klausurtagung, Sozialwohnungen künf-
tig nicht mehr nach dem Kriterium der

Bedürftigkeit der Menschen zu vergeben,
sondern „Deutsche“ zu bevorzugen. Das
kündigt eine Kampagne an, wie wir sie
von Haider („Österreich zuerst“) und
dem Münchner DVU-Chef Frey („Deut-
sche zuerst!“) kennen. Soziale Not wird
mißbraucht, um bedürftige Deutsche ge-
gen Menschen anderer Nationalität und
Herkunft aufzuhetzen. Damit sorgt man
dafür, dass die ungerechte Verteilung des
Reichtums unangetastet bleibt, und ver-
führt die „kleinen Leute“, deren Anwalt
man zu sein vorgibt, sich an den Verbre-
chen ihrer Herren zu beteiligen. Wie ge-
habt.

Man darf auch die Gefährlichkeit sol-
cher „Vorschläge“ nicht nur an der Ge-
fahr ihrer gesetzlichen Verwirklichung
messen: Sondern in diesem Fall sind
schon die Worte Taten. Sie schaffen ein
gesellschaftliches Klima der Diskrimi-
nierung, Bedrohung und Einschüchte-
rung gegenüber Hunderttausenden Men-
schen, die in München leben. Und sie er-
mutigen noch unverhohlene rassisti-
sche Hetze und Übergriffe.

Der Ex-Kreisverwaltungsreferent und
Münchner CSU-Abgeordnete Hans-Pe-

ter Uhl verknüpft in derselben Woche
gleich die Hetze gegen „Ausländer“ mit
der gegen „Rote“, die angeblich gemein-
sam den deutschen Staat gefährden: eine
wohlbekannte „Bedrohungskulisse“ al-
ler faschistischen Bewegungen. Eine Ini-
tiative der PDS-Bundestagsfraktion zur
Erleichterung des Asylrechts und Verbes-
serung der Rechtsstellung von „Auslän-
dern“ kommentiert er unter der Über-
schrift „Einwanderer als fünfte Kolon-
nen?“: „Eine Partei, die gleiche Rechte für
Ausländer und Deutsche fordert, will das
Ausländerrecht abschaffen und ein gren-
zenloses Einwanderungsrecht für alle.“
... „Es wäre nicht unvorstellbar, wenn
manches arme Land auf die Idee käme,
entsprechende Voraussetzungen herbei-
zuführen, um kollektiv nach Deutschland
auszuwandern.“ ... „In jedem Fall wirft
er (der Antrag der PDS) ein Licht auf das
Verhältnis dieser Partei zu unserem
Staat: Sie will ihn von innen her
schwächen, um ihn zu zerstören.“

Dabei genieße die PDS in den Augen
Uhls die Unterstützung der Bundesre-
gierung: „Wenn aber Rote und Grüne
(und darin gleichen sie der PDS) die deut-
schen Interessen gegen die des Auslands
wägen, wird das Deutsche immer für zu
leicht befunden.“

Quelle: Bayernkurier 5.2., S. 7 – M.B.

Bündnis 90/Die Grünen ... Siegfried Benker, Stadtratsfraktionsvorsitzender: „Damit hat sich die CSU klar festgelegt: sie will keine moderne, sondern eine moderne Großstadtpartei sein. Ihre Rezepte für das neue Jahrtausend lauten genauso wie im alten: Ausländer raus. Raus aus den Sozialwohnungen, raus aus dem Rathaus, raus aus dem Arbeitsmarkt ...

Tassia Fouki-Friedl, Stadträtin, EU-Bürgerin: „Der Ausländerbeirat wird nicht überflüssig, weil EU-Berechtigte wählen dürfen – das durften sie schon 1996. Er wird auch nicht überflüssig, weil sich Menschen einbürgern lassen – der Pass alleine wird noch keine Gleichberechtigung herbeiführen ... Gerade in Kommunen ist Einwanderungspolitik eine Querschnittsaufgabe, die nur in Zusammenarbeit mit den Einwanderern gelingen kann. Es ist die CSU, die sich dieser Zusammenarbeit hartnäckig verweigert und die Stadtratskommission zur Integrationsförderung boykottiert.“

Eva Bulling Schröter, MdB, PDS Bayern

„... Haider macht es vor, die CSU in München macht es nach ... Wie Jörg Haider einen Ausländerzuzugsstop für Österreich fordert, so verlangen nun auch die Christlich Sozialen aus München eine sofortige Beendigung des Zuzugs von Ausländern in die Landeshauptstadt. Damit nicht genug: Ministerpräsident Edmund Stoiber soll gegen das Einbürgerungsgesetz Verfassungsklage erheben, der Münchner Ausländerbeirat abgeschafft werden. ... Wenn dies tatsächlich Schwerpunkte der Stadtpolitik der Münchner CSU in den nächsten Jahren sein sollen, dann droht erneut eine Vergiftung des öffentlichen Klima ... Oder wie anders soll man die Aussage des Münchner CSU-Vorsitzenden Johannes Singhammer interpretieren, wenn er an die Adresse der Ausländer gerichtet feststellt: „Integration erfordert von den Ausländern die Anerkennung unserer Kultur als Leitkultur“

Die PDS München ... ist entschlossen, sich nach Kräften dieser verhetzenden Politik in der Öffentlichkeit entgegenzustellen und erwartet auch, dass alle anderen antirassistischen Gruppierungen nicht zulassen werden, dass sich die beschämenden Szenen im Zusammenhang mit der CSU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wiederholen. Wir erklären uns solidarisch mit der Einrichtung des Ausländerbeirats als Interessenvertretung der Münchner Bürger ohne deutschen Pass. Dessen ungeachtet bleiben wir bei unserer Forderung: Gleiche Rechte für alle Münchnerinnen und Münchner.

Kreisvorstand der PDS, München, 4.2.2000

PB 5: REGIONALES:

Kita-Kämpfe

PB 5: GEWERKSCHAFTLICHES:

Brutto/Netto/Beschäftigungsbrücke

Anfragen/Vorschläge an: email: pb@gnn-verlage.de oder Fax: 0821/2620179 maf



Brandenburg

Asylbewerber gegen Ausländerfeindlichkeit

Rund 170 Asylbewerber, die in Ausländerheimen in Rathenow (Land Brandenburg) untergebracht sind, wandten sich mit einem Protestbrief an die Ausländerbeauftragte des Landes, Almuth Berger, und die örtliche Polizei und forderten, aus diesem Bundesland in ein anderes umgesiedelt zu werden. Es ist ein Brief, in dem die Angst vor weiteren Übergriffen ausländerfeindlicher Jugendlicher zum Ausdruck kommt. Sie beziehen sich auf konkrete Fälle, in denen sie von Einheimischen attackiert und tätlich angegriffen wurden. Erst vor einigen Tagen wurde ein Asylbewerber aus dem Tschad von 15 Neonazis zusammengeschlagen und schwer verletzt. Andere von ihnen wurden verfolgt und beschimpft. Im Brief beschuldigen die Asylbewerber Polizei und Landesregierung, nichts für ihre Sicherheit zu tun. Sie schreiben: „Besinnen Sie sich auf Ihre Menschlichkeit und ihre Macht und handeln Sie, bevor die Situation eskaliert ... Bitte bringen Sie uns aus dem Land Brandenburg.“ Das bedeutet, dass sie in ein anderes Bundesland wollen, in dem sie sicherer sind.

Landrat, Bürgermeister, Behörden und Polizei sind überrascht. „Für uns ist das ein Schock“, sagte der Polizeipräsident von Oranienburg. Auch die Ausländerbeauftragte zeigte sich ratlos. Die Polizei erklärte, dass sie rund um die Uhr die Wohnstätten der Asylbewerber schützt und ein Regierungssprecher erklärte, dass „ein ganzes Bündel von Maßnahmen“ in die Wege geleitet worden sei, um den Ausländern ein Gefühl der Sicherheit zu geben.

Allerdings mussten alle Beteiligten eingestehen, dass Rathenow schon „immer ein heißes Eisen“ hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit sei. 1999 habe die Polizei drei Übergriffe auf Asylbewerber registriert. Landesweit waren es 25, wobei 31 Menschen zu Schaden kamen. Insgesamt gibt es in Brandenburg 47 Asyl-

bewerberheime mit rund 6.800 Bewohnern.

Nun befasst sich das Kommunalparlament in Rathenow mit der ausländerfeindlichen Stimmung in der Kreisstadt. Dort musste kritisch festgestellt werden, dass nach Bekanntwerden des Protestbriefes, spontan keine Hilfe aus der Bevölkerung angeboten worden sei. Bürgermeister und Stadtparlament versuchen nun, die Situation zu entspannen und führen Gespräche und Veranstaltungen mit Einheimischen und Asylbewerbern durch.

Brandenburg genießt den traurigen Ruf, im allgemeinen fremdenfeindlich zu sein. In Erinnerung ist der Tod des in Guben zu Tode gehetzten Asylbewerbers aus Algerien.

In Erinnerung an dieses Ereignis wurde mit einer Beteiligung von nur 150 Personen in Guben eine Kundgebung durchgeführt und eine Gedenktafel enthüllt. Sie wurde von Landtagsabgeordneten der PDS und SPD und dem Jugendverein Guben-Gubin organisiert. Offizielle Vertreter der Stadt glänzten durch Abwesenheit. Gefordert wurde, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen.

Medienberichten zufolge sehen sich viele Bewohner der Stadt Guben durch die Medien verunglimpft und bestreiten, dass es eine rechte Szene in der Stadt gibt. So oder ähnlich sind die Reaktionen überall im Lande. Es sind zu wenig Menschen, die sich gegen die Ausländerfeindlichkeit wehren und gegen die Taten der Neonazis protestieren. Die Landesregierung reagiert zu zögerlich, Parteien und Organisationen halten sich zu sehr zurück. Es ist nicht festzustellen, dass sich eine breitere Front gegen diese Entwicklung formiert. Es ist an der Zeit, dass sich verantwortungsbewusste politische Kräfte finden, die diesen Tendenzen entgegen treten.

abe

Das Programm in Jena

20. April: Ankunft - Einleitung - Kongress Eröffnung. 21.-22. April: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“. 23.-24. April: Festung Europa, Grenz Regimes und die internationale Organisation von Flüchtlingen. 25.-26. April: Soziale Ausgrenzung, staatlicher Rassismus und Faschismus. 27. April: Frauen und Flucht/Migration. 28.-29. April: gemeinsam gegen Abschiebung. 30. April: Zusammenfassung, Manifest und Zukunftspunkte. 1. Mai: Internationale Demonstration gegen Abschiebung.

Adresse Kongress-Büro: The Voice Africa Forum, Schillergäßchen 5, 07745 Jena. Tel. (03641) 66 52 14, Fax 42 37 95, www.humanrights.de

Scharfe Abschiebep Praxis

Am 1. Februar demonstrierten über 300 Menschen vormittags vor der Ausländerbehörde in der Amsinckstraße gegen Abschiebungen und Botschaftsanhörungen. Vom 31. Januar bis 4. Februar wollte die Innenbehörde mit Hilfe eines gambischen Botschaftsangehörigen mindestens 150 Flüchtlinge ohne Pässe zu Gambier machen, um sie dann abschieben zu können. In einer Presseerklärung kündigte der Sprecher der Ausländerbehörde, Norbert Smekal, an, dass in nächster Zeit mit etwa 3200 Afrikanerinnen und Afrikaner in gleicher oder ähnlicher Weise verfahren wird. Im folgenden ein Auszug aus dem Flugblatt zur Demonstration. *bab*

Die Hamburger Ausländerbehörde versucht mit allen Mitteln, ihre verschärfte Abschiebepolitik in die Praxis umzusetzen. Außer Kranken, die jetzt mit ärztlicher Begleitung abgeschoben werden, und auseinandergerissenen Familien sind z.Zt. vor allem Flüchtlinge mit sog. „ungeklärter Staatsangehörigkeit“, insbesondere aus westafrikanischen Ländern, betroffen. An mehreren Tagen wurde die Ausländerbehörde in rechtswidriger Weise zur Botschaftsresidenz umfunktioniert: Ende August 1999 wurden 180 AfrikanerInnen ohne Pass „zur Ausstellung eines Heimreisedokuments“ einem Vertreter der ivoirischen Botschaft vorgeführt. Aus Protest gegen stundenlange Wartezeiten und Festnahmen gingen Stühle und Fensterscheiben im Wartesaal zu Bruch. 33 Menschen wurden angeblich als StaatsbürgerInnen der Elfenbeinküste identifiziert und müssen mit ihrer Abschiebung rechnen.

Vom 19.-22. Oktober residierte ein Vertreter der liberianischen Botschaft in der Abschiebeabteilung. Um jeglichen Protest zu unterbinden, wurde die Ausländerbehörde in eine von BGS besetzte Festung umgewandelt. Vom 16.-18. November sollte ein Vertreter der guineischen Botschaft Landsleute identifizieren und hat Äußerungen zufolge eine große Zahl zur Abschiebung freigegeben. Am 18. Januar gab es Vorladungen zur kongolesischen Botschaft. Vom 31.1.-4.2. ist der Leiter der gambischen Einwanderungsbehörde zu Interviews in Hamburg. Weitere Botschaftsanhörungen für Ghana, Mauretanien, Sierra Leone und andere Länder sind zu erwarten ... Auf die Regierungen der westafrikanischen Länder wird massiver Druck ausgeübt: Die Bundesregierung droht mit der Streichung von Geldern für Entwicklungshilfeobjekte, wenn die Botschaften nicht mitspielen bei der Abschiebung angeblicher BürgerInnen ihrer Staaten ... Den betroffenen Flüchtlingen wird mit Entzug der Sozialhilfe, Abschiebehaft und mit der Internierung in speziellen Lagern gedroht, um sie zum Unterschreiben von Reisedokumenten zu zwingen.

LBH 3/2000

Gewählt, aber kaltgestellt?

ESSEN. Der Wegfall der 5 %-Klausel bei Kommunalwahlen in NRW sollte für mehr Demokratie sorgen. Der rot-grünen Landesregierung geht das jedoch zu weit. In etlichen Städten, in denen jetzt Gruppen im Rat sind, hat sie von den Stadträten oft einstimmig beschlossene Regelungen zur Finanzierung der Arbeit der Gruppen beanstandet, so auch in Essen. Die Begründung: Zuwendungen stehen laut Gemeindeordnung nur Fraktionen zu, eine Fraktion können Ratsmitglieder in einer Großstadt wie Essen jedoch erst ab vier Mitgliedern bilden. Da die PDS wie die FDP nur zwei Mitglieder im Rat hat, fällt sie aus dem Raster. Der Essener Stadtrat hat sich in der letzten Sitzung einstimmig gegen den Eingriff des Regierungspräsidenten in die kommunale Selbstverwaltung ausgesprochen. Er prüft derzeit Klagemöglichkeiten. Denn ein Verbot von Zuwendungen an Gruppen ist in der Gemeindeordnung auch nicht zu finden. Darüber hinaus hat die PDS Widerspruch gegen die vorsorgliche Einstellung der Zahlungen durch die Stadt eingelegt. Weitere Streitpunkte wie das Recht der Gruppen, Anträge zur Tagesordnung des Rates zu stellen, sollen im Ältestenrat erörtert werden. B90/Grüne und SPD unterstützen dieses Anliegen.

Modellregion Rüstungskonversion:

MÜNCHEN. Die Lieferung eines „Leopard II“-Testpanzers (Generalmanager: Krauss-Maffei-Wegmann aus München) an die Türkei lässt die Grünen im Rathaus nicht ruhen. Sie wollen die Debatte um Rüstungskonversion erneut anstoßen. In einem Antrag an den Stadtrat fordern sie, die Situation der Rüstungsindustrie im Großraum München umfassend darzustellen, über die bisherigen städtischen Aktivitäten im Bereich Rüstungskonversion zu berichten und Kontakt mit der Bundesregierung und zum Bundestagsausschuss für Menschenrechte aufzunehmen, um München zu einer „Modellregion Rüstungskonversion“ zu machen.

CDU-Debakel bei OB-Wahl:

HALLE. Bei der Oberbürgermeisterwahl sank die Wahlbeteiligung auf 37,5 Prozent. Der CDU-Kandidat erhielt nur 16,3 Prozent. Die Union in Sachsen-Anhalt reagierte mit Bestürzung auf ihr Debakel und machte die „Finanzaffäre“ der Partei für ihr schlechtes Abschneiden verantwortlich. Siegerin war Sachsen-Anhalts Umweltministerin Häußler (SPD), die 44,8 Prozent im 1. Wahlgang verbuchte.

Sozial-Oscar: GÜTERSLOH. Der Landkreis Gütersloh und die Gütersloher Stiftung für psychisch Kranken und geistig Behinderte haben einen „Sozial-Oscar“ eingeführt. Die Auszeichnung soll

an Wirtschaftsunternehmen gehen, die sich durch eine gelungene Integration behinderter Menschen in die Arbeitswelt auszeichnen. Dotiert ist der „Sozial-Oscar“ mit 10.000 Mark, die als erster Preisträger das Unternehmen Ulrich Krampe, Zulieferer für die Möbelindustrie, in Empfang nahm.

Der Adler soll an die Kette:

FÜRSTENFELDBRUCK. Der seit Jahren umstrittene Bronze-Adler war ein Geschenk der Nazis zur Stadterhebungsfeier von Fürstfeldbruck im Jahre 1935. Jahrelang stand er in unmittelbarer Nähe zum Rathausgebäude, wurde 1995 für eine zeitgeschichtliche Ausstellung ins örtliche Museum verlegt, verschwand danach im Depot, um schließlich vom jetzigen Bürgermeister Keller (CSU) im Jahre 1997 wieder an seinen Nazi-Standort zurückgeholt zu werden. Der Stadtrat der Bruckener Bürgervereinigung, Klaus Quinten, hatte kürzlich rechtliche Schritte gegen den Bürgermeister angedroht, falls dieser sich weiterhin weigert, das Thema in dem entsprechenden Ausschuss zu diskutieren. Der Rathauschef reagierte daraufhin mit einem offenen Brief und versprach, an dem Sockel des Nazi-Adlers einen erklärenden Text anbringen zu lassen. Der Bildhauer Hannes Götz dagegen plädiert für eine Umgestaltung des Vogels. Er will das Nazi-Präsen mit einer massiven Kette versehen, um das Machtssymbol am jetzigen Standort zu „bändigen“ und den „Ungeist“ dieser Zeit am „Fliegen zu hindern“. Der Sprecher der SPD-Fraktion wiederum schlägt vor, das Objekt im Stadtmuseum verschwinden zu lassen. Die Diskussionen haben dazu geführt, dass der Stadtrat sich immerhin am 14. 3. damit befassen wird.

Kommunale Wirtschaft:

BERLIN. Zwei Beiträge zum Thema kommunales Wirtschaften finden sich im 1. Halbjahresband 1999 (Jg. 38) des Archivs für Kommunalwissenschaften (Kohlhammer Verlag). Sie lauten: „Ausweitung kommunaler Wirtschaftstätigkeit aus finanzwissenschaftlicher Sicht“ und „Kommunale Wirtschaft zwischen Recht und Realität“. Der erste Beitrag kommt zu dem Ergebnis, dass die Erschließung neuer Geschäftsfelder durch kommunale Unternehmen negativ zu beurteilen ist. Der zweite Beitrag setzt sich intensiv mit der aktuellen Rechtsprechung zum Verhältnis Gemeindefinanzwirtschaftsrecht und Wettbewerbsrecht auseinander. Außerdem findet sich ein Überblick über die Novellierung der Kommunalverfassungen der Bundesländer, wobei die aktuelle nordrhein-westfälische Gesetzesinitiative besondere Beachtung erfährt. Der Band kostet 75,40 DM, ist aber in den meisten öffentlichen Bibliotheken erhältlich.

Zusammenstellung: baf

Lohndrift im Minus

Im Entlohnungsgefüge der Wirtschaft der BRD bezeichneten die Tariflöhne viele Jahrzehnte lang Mindestlöhne für die im Vertrag beschriebene Tätigkeit. Die Effektivlöhne und -gehälter lagen stets höher. Diese Differenz bildet sich schon allein deswegen, weil die Betriebsleitungen durch gezielte übertarifliche Bezahlung zu ausgewählten Personen ein ganz persönliches Verhältnis aufbauen. Deswegen galt jahrzehntelang: Steigende Tarife schieben auch die Über- und Ausertarifier aufwärts, die schon deswegen allen Grund haben, Lohnbewegungen mit (wenn auch oft verschwiegener) Sympathie zu betrachten.

Inzwischen sagen aber die Durchschnittsdaten, dass über eine ganze Reihe von Jahren die Spanne Effektiv / Tarif geschrumpft ist. Gleichzeitig lehrt die soziale Beobachtung, dass die schwache Entwicklung der Durchschnittszahlen nicht auf Kosten hoch übertariflich bezahlter Arbeitskräfte vor sich ging. Es entsteht ein Rechenrätsel, das sich unter

Tarif- und Effektivverdienste sowie Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft

Veränderung gegen Vorjahr in %

Zeit	Tariflohn- und -gehaltsniveau		Löhne und Gehälter je abhängig Beschäftigten	Lohndrift	Bruttoein- kommen aus unselbstän- diger Arbeit je abhängig Beschäftigten	Beschäftigung Abhängige insgesamt	
	Stundenbasis	Monatsbasis				absolut in Millionen	Änderung gegenüber Vorjahr
	Westdeutschland						
1991	6,8	6,3	5,9	− 0,4	5,9	25,9	.
1992	6,4	6,3	5,8	− 0,5	5,9	.	.
1993	4,5	3,7	2,9	− 0,8	2,7	.	.
1994	2,1	1,7	2,0	+ 0,2	3,2	.	.
1995	4,0	3,7	3,1	− 0,6	3,6	.	.
1996	2,3	1,9	2,0	+ 0,0	2,2	.	.
1997 1. Hj.	1,3	1,4	1,4	+ 0,1	2,3	.	.
	Ostdeutschland						
1991	7,2	.
1992	31,7	29,4	37,2	+ 6,1	37,6	.	.
1993	19,2	18,4	15,7	− 2,3	15,0	.	.
1994	9,4	8,7	6,1	− 2,4	6,8	.	.
1995	8,3	7,5	6,1	− 1,4	6,0	.	.
1996	5,2	5,0	2,9	− 2,0	3,4	.	.
1997 1. Hj.	3,4	3,2	2,8	− 0,5	3,8	.	.
	Gesamtdeutschland						
1991	33,14	.
1992	12,0	11,0	10,5	− 0,5	10,6	32,38	− 2,3
1993	7,5	6,5	4,6	− 1,7	4,3	31,69	− 2,1
1994	3,4	2,9	2,2	− 0,7	3,5	31,39	− 1,0
1995	4,9	4,6	3,5	− 1,1	3,9	31,20	− 0,6
1996	2,7	2,4	1,9	− 0,5	2,4	30,75	− 1,5
1997	1,5	1,5	0,8	+ 0,7	2,6	30,26	− 1,6
1998	1,9	1,8	1,5	+ 0,3	2,6	.	.

Bemerkungen:

Nebenstehender Tabelle kann entnommen werden, wie sich Tarif- und Effektivlohnsummen im Verlaufe der neunziger Jahre entwickelt haben. Um die Sonderentwicklungen Anfang der 90er-Jahre durch die Ost-West-Tarif- und -Einkommensangleichung deutlich zu machen, haben wir die Zahlen für Ost- und Westdeutschland getrennt aufgeführt. Aber unabhängig von diesen Sonderentwicklungen ist ein Trend deutlich erkennbar, der sich in der Zahlenreihe „Lohndrift“ ausdrückt: bis etwa 1997 ist in jedem Jahr der Anstieg der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter je Beschäftigten hinter dem Anstieg der tariflichen Zahlungen zurückgeblieben. Die negative Lohndrift spiegelt wider, dass in großem Umfang außertarifliche Zulagen nicht mehr gezahlt wurden.

Parallel dazu scheint die Beschäftigungsentwicklung zu gehen. Die Zahl der abhängig Erwerbstätigen (Arbeiter, Angestellte, Beamte einschl. Soldaten) ist in all den Jahren zurückgegangen. Eine gewisse Trendwende scheint sich 1997/98 anzudeuten. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt wieder (siehe Grafik, die Zahl für die abhängig Beschäftigten liegt noch nicht vor). Auch die negative Lohndrift scheint sich umzudrehen.

(Zahlen nach Monatsberichten Deutsche Bundesbank, Erwerbstätige Bundesministerium für Arbeit)

der Annahme lösen läßt, dass die Arbeitgeberseite in der ganzen gesellschaftlichen Breite Mittel und Wege gefunden hat, höhere Tarife durch niedrigere zu ersetzen, indem ganze Betriebsteile oder Firmen anderen Branchen zugerechnet werden. Für dieses Verfahren hat sich schon der Fachausdruck Tariffucht etabliert.

Ein anderer Weg besteht in geschickter Organisation des Generationenwechsels. Wenn jemand mit hohen übertariflichen Zulagen ausscheidet und durch wen anders zu Tarifbedingungen ersetzt wird, entsteht negative Lohndrift.

Darüber hinaus ist klar, dass eine unsichere Auftragslage, bei der häufig Entlassungen auf Einstellungen folgen, der Arbeitgeberseite viele Möglichkeiten bietet, Neue zu schlechteren Bedingungen einzustellen, als die Entlassenen hatten.

Selbstverständlich kommt es auch oft vor, dass Tarifierhöhungen auf betrieblich vereinbarte Zulagen angerechnet werden. Solche Prozesse haben im vergangenen Jahrzehnt massenhaft stattgefunden.

Die Verschiebung in den Daten führt zu einem Problem der Propaganda. Jahrzehntlang war sicher, dass eine Erhöhung der Tarife in Höhe der Inflationsrate die Bruttolöhne um mindestens diesen Betrag bewegen würde. Unter der Annahme, dass die Lohnabzüge gleichbleiben, steht die rechnerische Forderung: Tarifierhöhung größer oder gleich der Inflationsrate für: Erhalt der Kaufkraft, Erhalt des Lebensstandards.

Jemandem, der wegen Tariffucht einen Einkommensverlust von, sagen wir, 25% hat, wird eine Erhöhung seines neuen Tarifs um die Teuerungsrate von z.B. drei Prozent den Kaufkraftverlust nicht ausgleichen.

Die jahrelange negative Lohndrift bewirkt, dass die Tarife um mehr als die Inflationsrate angehoben werden müssen, damit die Inflationsrate ausgeglichen wird.

Eine weitere Folge fortdauernder negativer Lohndrift sollte sein, dass die Bedeutung der Tariflöhne zunimmt.

Neben der großen Schwierigkeit, die in der Auseinandersetzung um die öffentliche Meinung entsteht, wenn ein Lohnausgleich oberhalb der Inflationsrate begründet werden muss, kommt noch eine zweite: Der Verlauf der Absenkung der tariflich gesicherte Ansprüche geht hier und da sprunghaft vor sich. Die Verluste sind hier und da dramatisch, einschneidend für die Lebensführung, während sie in anderen Betrieben gar nicht auftreten. In der Durchschnittsbildung werden die unterschiedlichen Verläufe ausgeglichen. Dennoch ist das Argumentieren mit den Durchschnittszahlen sinnvoll, da in den Reproduktionszusammenhängen, in denen sich der Lebensstandard abbildet, ebenfalls Einzelschicksale zu einer Gesamtlage zusammenkommen. *alk,maf*

München: Umstrukturieren, Ausgliedern, Verkaufen führt zu Lohnsenkung

Nach der Übernahme von Mannesmann wird eine neue Runde in diesem Wettbewerb von Umstrukturieren, Ausgliedern und Verkaufen eingeläutet.

Den Beschäftigten ist inzwischen klar, dass dabei die Unsicherheit des Arbeitsplatzes wächst und alle Konditionen, zu denen bislang die Arbeitskraft verkauft werden konnte, zur Disposition stehen. Bei Mannesmann ist dieser Wettbewerb allerdings nichts ganz Neues. Schon in den 90er Jahren, mit dem Aufstieg des Mobilfunksektors, sind ganz verschiedene Geschäftsfelder in den Mannesmann-Gesellschaften zum Verkauf freigegeben worden.

Nicht selten stellte sich als Verkaufshindernis heraus, dass die Personalkosten, wie sie durch die tarifvertragliche

So richtig zur Sache ging es erst bei der sogenannten Privatisierung der einzelnen Regionalniederlassungen an neue Firmeninhaber, deren Eigenkapital durch bisherige Managementtätigkeit bei Mannesmann entstanden war: für die neue Aufgabe also eher zu niedrig als zu hoch, so dass auf dieser Basis der Angriff auf das Lohnniveau so sicher erfolgte wie das Amen in der Kirche. Für die neuen Firmeninhaber war die Vorstellung einer Tarifbindung im Bereich des bisherigen Industrietarifs ein besonderer Gräuel. Die Mitglieder der IG Metall – inzwischen waren dann doch an die 80% organisiert – konnten den Fall nach unten nur dadurch aufhalten, dass eine Tarifbindung im Bereich Kfz-Handwerk vereinbart wurde. Die finanziellen Folgen waren gravierend. Mit einem Sicherungsbetrag wurde das bisherige monatliche Bruttogehalt gesichert. Dies war notwendig, weil der Handwerksstarif in den Tarifgehältern deutlich unter den Industriegehältern liegt und die Leistungszulage weggefallen ist. Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird nun aber monatlich ausgezahlt und stellt einen tariflich abgesicherten Bereich des Sicherungsbetrages dar. Faktisch musste auf diesen Bestandteil des Jahreseinkommens verzichtet werden. Im Rückblick auf die letzten fünf Jahre muss festgestellt werden,



Bindung entstehen, dem potentiellen Käufer zu hoch waren und deshalb der Verkauf scheiterte. Solange die Umstrukturierung noch innerhalb des Konzerns erfolgte, z.B. von der Mannesmann-Gesellschaft Kienzle im Schwarzwald zur Mannesmann-VDO in Frankfurt, waren die Folgen noch geringfügig. Der Wechsel vom IG Metall-Tarifgebiet Südbaden nach Hessen war nicht so dramatisch, weil die vorhandene Differenz des Tarifniveaus, die auch hier besteht, durch einen Sicherungsbetrag aufgefangen werden konnte.

dass das heutige Einkommen sogar noch 10 DM unter dem von 1995 liegt. Nach dem ersten Jahr der Firmenübernahme wurde übrigens die 3% Gehaltserhöhung angerechnet, da ja ein großes Polster an Sicherungsbetrag noch vorhanden ist und die Firmenleitung dem Betriebsrat schlüssig nachweisen konnte, dass die Ertragssituation eine Erhöhung der Gehälter ausschließe. Aus der Sicht der Handwerksbranche sieht das allerdings ganz anders aus. Immer noch zahlt die Firma ihren Beschäftigten gewaltige übertariflichen Zulagen. *dil*

Brandenburg: Tariffucht im Werner-Forßmann-Krankenhaus

In den letzten *Politischen Berichten* haben wir über den Tarifbruch im Krankenhaus Lichtenberg in Berlin berichtet. Das Krankenhaus Lichtenberg war bereits einige Jahre zuvor privatisiert worden (es gehört dem Paritätischen Wohlfahrtsverband an). Hier ein Beispiel aus Brandenburg, wo erstmals ein kommunales Krankenhaus Tariffucht begeht. *(har)*

Das Forßmann-Krankenhaus in Eberswalde mit über 800 Beschäftigten ist mit Wirkung zum 1.1.2000 aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband ausgetreten. Damit hat das erste kommunale Krankenhaus im Land Brandenburg die schon

seit längerem androhte Tariffucht vollzogen. Alle Versuche, zuletzt am 21. Januar 2000, den seit fast einem Jahr schwebenden Konflikt durch Verhandlungen beizulegen, sind gescheitert.

Die Geschäftsführung und der Träger (Landkreis Barnim, vertreten durch den Landrat Herrn Ihrke [SPD]) wollen deutliche Einschnitte im Gehaltsgefüge der Beschäftigten realisieren und zwar auf Dauer. Den Beschäftigten wurde, vorbei an den Gewerkschaften und am Betriebsrat, ein „Angebot“ gemacht, zu dem sie sich innerhalb von 14 Tagen erklären sollen. Hier die wesentlichen Inhalte dieses „Angebotes“:

Hamburg: HBV-Ultimatum an Lebensmitteleinzelhändler

Mit vielfältigen Aktivitäten geht die HBV zur Zeit gegen die Tariffucht des WAV vor. Der WAV ist der Arbeitgeberverband, der in Hamburg die Betriebe des Lebensmitteleinzelhandels mit etwa 15.000 Beschäftigten vertritt. Der WAV ist zum 31.12.99 aus dem Landesverband des Hamburger Einzelhandels ausgetreten und damit nicht mehr tarifgebunden.

Für die Beschäftigten, die Mitglied der Gewerkschaft HBV sind, gelten die derzeitigen Tarifverträge auch weiterhin. Der Gehaltstarifvertrag läuft jedoch am 30.4.2000 aus. Für Unorganisierte, ab 1.1.00 neu eingestellte Beschäftigte und ab Mai 2000 auch bei Altangestellten können damit die Gehälter unter das Tarifniveau abgesenkt werden. Betroffen sind zum Beispiel die Angestellten von: Aldi, REAL, Toom, Eurospar, Minimal, Penny und Edeka.

Hintergrund ist der erfolglose Versuch der Arbeitgeber in den letzten Tarifverhandlungen, die Tarifgehälter für VerkäuferInnen und KassiererInnen um 500 bis 1000 DM brutto im Monat abzusenken. Nun versuchen die Lebensmitteleinzelhändler unter der Führung von Rewe ihr Ziel durch Tariffucht zu erreichen.

Doch die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften HBV und DAG werden gehalten! In vielen Protestversammlungen haben die Beschäftigten schon deut-

lich gemacht, dass sie für ihre Tarifverträge kämpfen werden. Der Versuch der weiteren Absenkung der ohnehin schon niedrigen Gehälter im Einzelhandel ist eine Unverschämtheit! HBV und DAG haben den betroffenen Einzelhandelskonzernen deshalb zwischen Weihnachten und Neujahr eine Aufforderung zugestellt, den gültigen Tarifvertrag entweder selbst zu unterschreiben oder wieder in den Arbeitgeberverband einzutreten. Sollte dieses bis zum 15.2. nicht geschehen, werden die Gewerkschaften durch Aktionen und Streiks für die Wiederherstellung der Tarifbindung kämpfen!

Hauptbetreiber der Tariffucht ist der Rewe-Konzern. In einem Gespräch mit den Betriebsräten der Hamburger Toom-Märkte erklärte das Unternehmen, dass es die Vergütungsfragen zukünftig nicht mehr mit den Gewerkschaften, sondern mit den Betriebsräten regeln wolle. Dieser rechtlich unzulässige Weg würde die Betroffenen zudem zu Bittstellern herabstufen, da Betriebsräte keinen Arbeitskampf führen dürfen. Die Gewerkschaften HBV und DAG beabsichtigen deshalb, in allen Toom-Filialen nach dem 15.2. Tarifkommissionsmitglieder zu wählen. Mit Beginn des 15. Februars werden die Toom-Filialen jeweils für mehrere Stunden wegen zusätzlicher Betriebsversammlungen geschlossen bleiben.“

Aus PE der HBV

Wirtschafts-
presse

Industrie hat Angst vor einklagbaren Rechten. – HB,

Dienstag, 1.2.2000. – BDA und

BDI äußern die Besorgnis, dass eine europäische Grundrechtscharta zu neuen Belastungen für die Unternehmen führe, so BDA und BDI. Sorgen macht man sich vor allem über die vorgeschlagene Einbeziehung sozialer Rechte und des Umweltschutzes in den Grundrechtskatalog. Der BDA ist gegen die Aufnahme sozialer Grundrechte, da diese auf Grund der ökonomischen Entwicklung noch auf absehbare Zeit verschieden seien in den Mitgliedstaaten.

Wirtschaft fordert Gesetz zum Lohnverzicht. – HB, Donnerstag, 3.2.2000.

– Es müsse sichergestellt werden, dass der freiwillige Verzicht von Tarifleistungen nicht mehr am Tarifvertragsgesetz scheitere. Dafür zu sorgen, fordern die Wirtschaftsvertreter Bundeskanzler Schröder auf.

Österreichs Wirtschaft fürchtet Handelsboykott. – HB, Freitag, Samstag

11./12.2.2000. – Die Wirtschaftskammer Österreichs (WKÖ), in der die Unternehmen des Landes vertreten sind, hofft auf ein baldiges Abklingen der ihrer Ansicht nach ungerechten und überzogenen politischen Boykottandrohungen gegen Österreich. Bei einem Krisengipfel in Wien wurde ein Maßnahmenpaket mit dem Schwerpunkt Information geschnürt, das Schäden für die Unternehmen verhindern soll. Wie der Leiter der Außenhandelsabteilung der WKÖ, Egon Winkler, berichtet, trennten die Geschäftspartner Österreichs in den EU-Staaten bisher zumindest fein säuberlich zwischen politischem Boykott und bestehenden Geschäftsbeziehungen. Allerdings gäbe es vereinzelt bereits Stornos mit dem Hinweis auf Haider. So im Tourismus und zwar bei Individualreisen als auch im Veranstaltungs- und Kongresstourismus. So wurde ein Ärztekongress in Innsbruck mit 600 Teilnehmern storniert. Österreichische Außenhandelsstellen hätten durch die „sehr einseitige Berichterstattung“ in vielen internationalen Medien auch bei Österreich durchaus freundlich gesinnten Geschäftspartnern Verunsicherung registriert, so WKÖ-Chef Winkler. Damit Österreich wieder in rechte Licht gerückt wird, soll ein Projektteam die Außenhandelsstellen mit Argumenten versorgen. Unterstützt wird die WKÖ durch den Hauptgeschäftsführer der Deutschen Handelskammer in Österreich, Rolf Schäfer. Er erinnerte daran, dass allein in Österreich ca. 100.000 Arbeitsplätze zumindest teilweise von deutschen Firmen abhängen würden.

Presseauswertung: rst



- Die am 31.12.99 zustehenden Tariflöhne werden für zwei Jahre eingefroren.

- Im gleichen Zeitraum anwachsende Ansprüche auf persönliche tarifvertragliche Gehaltssteigerungen (z.B. Lebensaltersstufen) werden ausgesetzt. Gleiches gilt für alle Zulagen.

- Ab dem Jahr 2002 sollen allgemeine Lohnsteigerungen an die Entwicklung der „beitragspflichtigen Einnahmen“ der Krankenkassen gekoppelt werden (2/3 der Steigerungsrate).

- Wer die geänderten Arbeitsverträge unterschreibt, soll einen zweijährigen Kündigungsschutz bekommen.

Parallel dazu werden Gerüchte gestreut, dass es Privatisierungs- und Ausgründungsabsichten gibt, die dann zum

Tragen kommen, wenn 75 % der Beschäftigten sich nicht dem Arbeitgebervorhaben unterwerfen.

Die Gewerkschaft ÖTV ist zusammen mit der DAG und dem Marburger Bund zur Zeit dabei, die Beschäftigten über ihre Rechte aufzuklären und zum Widerstand zu ermutigen. Wir dürfen alle Betriebs- und Personalräte bitten, dem Betriebsrat des Forßmann-Krankenhauses Eure Solidarität zu übermitteln. Wenn es dem Arbeitgeber dort gelingt, die Angst der Beschäftigten zu nutzen, um einen dauerhaften Ausstieg aus dem BATO/BMT-G-O zu erreichen, ist das ein Dammbruch, der nicht ohne Folgen bleiben dürfte.

(Tarifinfo der ÖTV Brandenburg, Jan. 2000)

Der PDS Bundesvorstand will die bisherige Regelung einer maximal achtjährigen Amtszeit für gewählte Funktionäre nach Meldungen von ADN teilweise aufheben. Eine Verlängerung soll künftig mit einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen möglich sein, heißt es in einem am 14. Februar beschlossenen Antrag des Parteivorstandes an den Bundestag. Diese Regelung würde auch auf den PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky zutreffen, dessen Amtszeit im Januar 2001 endet, meldet der Pressesprecher Hanno Harnisch.

Leitantrag des Parteivorstandes an den Münsteraner Parteitag der PDS (April 2000):

Die programmatische Debatte in der PDS erfolgreich weiterführen

Seit dem Berliner Parteitag vom Januar 1999 hat die PDS eine programmatische Debatte begonnen, die gemessen an der Größe der zu bewältigenden gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme noch am Anfang steht. Unser Wille ist, die Diskussion so weiterzuführen, dass das Profil der PDS als demokratisch-sozialistische Partei geschärft wird, als Antikriegspartei, deren Kapitalismuskritik auf eine sozial gerechte Gesellschaft des Friedens zwischen den Völkern und mit der Natur gerichtet ist. Wir erwarten diese Gesellschaft als eine sozialistische Gesellschaft. Doch wird die reale künftige Entwicklung aus den politischen und sozialen Kämpfen der kommenden Jahrzehnte hervorgehen und durch sie ihren Charakter erhalten. Die programmatische Debatte soll die PDS für diese kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stärken.

Der Parteitag beschließt:

1. Die weitere programmatische Diskussion wird mit dem Ziel einer Überarbeitung des geltenden Parteiprogramms geführt.

Der Parteitag beauftragt daher die Programmkommission,

- im Arbeitskontakt mit dem Parteivorstand und in enger Kooperation mit den Landesorganisationen der PDS,
- auf der Grundlage der bisherigen und der weiteren Diskussion in der Partei,
- den mit den Thesen aus der Programmkommission und anderen programmatischen Dokumenten erreichten Diskussionsstand weiterführend, das geltende Parteiprogramm zu überarbeiten und die daraus entstehende Fassung der Partei zur Diskussion zu unterbreiten.

2. In Abänderung des Beschlusses der 1. Tagung des 6. Parteitages geht der Parteitag davon aus, dass erst der 7. Parteitag über den weiteren zeitlichen Verlauf der Debatte entscheiden wird. Dies dient dem inhaltlichen Substanzzuwachs, ernsthafter Arbeit an den langfristigen Politikangeboten der PDS und geht von der Absicht aus, eine breite demokrati-

sche Diskussion in der Partei selbst ohne die Zwänge kurzfristiger Termine zu entwickeln und diese Diskussion auch in der demokratischen Öffentlichkeit über die Partei hinaus führen zu können.

3. Wir wollen ergebnisreichen Streit. Er soll die Vielfalt der PDS nicht einengen, sondern produktiv machen und auf diesem Wege den Vorrat an gemeinsamen antikapitalistischen demokratisch-sozialistischen Positionen vergrößern und stärken. Unser Anspruch ist, Meinungsverschiedenheiten und aufgetretene Ängste vor unzureichend geprüften Entscheidungen ernst zu nehmen und in Respektierung unterschiedlicher Strömungen in der PDS die Diskussion beispielsweise über die Sozialismus-Vorstellungen in der Partei und über die Bewertung der DDR so weit zu führen, wie dies für die Ausprägung des Profils der PDS als bundesweite sozialistische Partei mit besonders starker Verankerung im Osten Deutschlands und mit zunehmender Verantwortung im Westen sowie für die Erarbeitung tauglicher Sachpolitik unter den gegebenen Bedingungen in Gegenwart und nächster Zukunft notwendig ist.

4. Die programmatische Debatte sollte auf die weitere Ausarbeitung von linken alternativen Reformangeboten der PDS konzentriert werden. Dies soll auf die Einleitung eines sozial-ökologischen Umbaus der Bundesrepublik im Kontext der Europäischen Union und globaler Entwicklungen zielen, auf reale Verbesserungen im Umgang mit den gegenwärtig für die meisten Menschen dringendsten Lebensprobleme gerichtet sein und zugleich über die von Kapitalverwertung, von Profitdominanz und patriarchal geprägten Herrschaftsstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft hinausweisen.

Das betrifft besonders einen neuen Typ der Beschäftigungspolitik, einen sozial bewältigten ökologischen Wandel, die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme und insgesamt die Neuverteilung der Lebenschancen – lokal, national und international. Das schließt Vorstellungen zur Finanzierung von Reformalternativen ein und ist nur möglich, wenn unsere Vorstellungen zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft weiter ausgearbeitet werden.

Unumgebar für innenpolitische Reformen ist die weitere Schärfung des antimilitaristischen friedenspolitischen Profils der PDS und die weitere Profilierung der PDS für eine solidarische Politik im Verhältnis zu den Völkern des Südens gegen ihre weite-

re Ausplünderung unter neoliberalen Vorzeichen.

5. Der Abschnitt V des Parteiprogramms „Veränderungen mit der PDS – Selbstveränderung der PDS“ bleibt unsere Orientierung. Es geht uns um eine programmatische Debatte der Partei, die auf die Erhöhung ihrer Politikwirksamkeit zielt, um die Auswertung von praktischen Erfahrungen und auf das Organisieren von praktischem Tun. Aktionen, die auf Beiträge zur Schärfung des öffentlichen Problembewusstseins gerichtet sind, und Projektarbeit, in der Bündnisse demokratischer Akteure für positive gesellschaftliche Veränderungen geschaffen und entwickelt werden, sind die Herausforderungen. Auf solche Weise soll das Wirken der PDS in eine soziale, demokratische, antirassistische, ökologische und feministische Erneuerung der Bundesrepublik eingebracht werden.

Die Verantwortung der PDS auf programmatischem Feld und in der praktisch verändernden Politik ist auch deshalb außerordentlich gewachsen, weil die rot-grüne Bundesregierung dabei ist, die Chancen eines gesellschaftlichen Aufbruchs zu verspielen. Ein sozial-ökologisches Reformprojekt ist nicht in Sicht. In der Außenpolitik hat die neue Regierung Deutschland das erste Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zur aktiven Kriegspartei gemacht.

Skandale wie in der CDU offenbaren ernsthafte Gefährdungen der Demokratie in der Bundesrepublik durch das Überwuchern der Macht etablierter Parteien im Staat, durch Machtmissbrauch

in Parteien selbst und durch allerorten verkrustete hierarchische Strukturen.

Die PDS ist entschlossen, die Erfahrungen der Ostdeutschen in der Überwindung parteimonopolistischer Machtstrukturen in die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie in der Bundesrepublik einzubringen und für die tiefgreifende Demokratisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einzutreten.

PDS will um Einzug in den Landtag in NRW kämpfen

Die PDS in NRW beteiligt sich erstmalig an den Landtagswahlen am 14. Mai und will an ihren Erfolgen bei den Kommunalwahlen anschließen. Dies



wurde auf ihrem Landesparteitag am 5./6.2. in Duisburg deutlich.

Die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt des verabschiedeten Landtagswahlprogramms, in dem die PDS umfassende Vorschläge zur Schaffung neuer sozial abgesicherter Arbeitsplätze und zur Bekämpfung der Armut in NRW vorlegt. Zudem fordert die PDS eine soziale Öffnung und Demokratisierung der Schulen und Hochschulen, eine ökologischere Energiepolitik und eine weitere Demokratisierung des Landes. Als Spitzenkandidatin wurde die parteilose Bochumer Gewerkschafterin Annette Falkenberg (32), tätig bei der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (hbv) in Duisburg, mit 84% der Stimmen gewählt.

Annette Falkenberg sagte in ihrer Vorstellungssrede: „Nur noch die PDS bietet all denen eine Stimme, die konsequent die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen und Armut verhindern wollen. Es ist unerträglich, in welcher Art und Schnelligkeit sich SPD und Grüne vom Ziel sozialer Gerechtigkeit abgewandt haben.“

Auf dem Landesparteitag wurde deutlich, dass die PDS als Opposition die Landesregierung konsequent von links unter Druck setzen will. Sie will in NRW besonders Ansprechpartnerin von Gewerkschaften und Initiativen werden.

Nach Verabschiedung des Programms und der Wahl von neun Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste vertrat sich der Parteitag, um noch im Februar weitere Kandidaten aufzustellen. *Pressemitteilung zum Landesparteitag / Wahlparteitag 5./6.2.2000*

Alljährlich, **kurz vor dem Parteitag, äußert sich Gregor Gysi gerne zu politischen Mitstreitern** innerhalb der PDS. Intoleranz prägen diese Aussagen, wenn er am 8.2. in der *Berliner Zeitung* erklärte: „Es darf keine programmatischen Formelkompromisse mehr geben. Wenn es einzelne dogmatische Linke in der PDS gibt, müssen sie spüren, dass das Programm gegen sie steht ... Aber auch in meiner Partei neigen einige dazu, sich als Fremdkörper zu kultivieren. Ein Fremdkörper wird bekanntlich isoliert und abgestoßen. Dabei ist es nichts Gefährliches oder Unmoralisches, in einer Gesellschaft akzeptiert zu werden. Es ist die Voraussetzung dafür, etwas zu verändern.“

Sarah Wagenknecht, die in dem Interview angesprochen wurde, schlägt daraufhin am 9.2. in einem Kommentar in der *Jungen Welt* ähnliche Lösungsmöglichkeiten wie Gysi vor: „Für Gysi indes stehen die Ergebnisse der Programmdiskussion offenbar schon fest. Freundlich, dass er sich wenigstens bereit zeigt, ‚soviel PDS-Mitglieder wie möglich ... mitzunehmen‘. Es wäre vielleicht an der Zeit, dass die PDS-Mitglieder deutlich machen, welche Positionen und Allüren sie in einer linken Partei nicht unbedingt mitnehmen möchten.“

Interview mit Kurt Baumgarte, antifaschistischer Kämpfer, Hannover

„Er war wieder Funktionär der KPD und darf deshalb keine Wiedergutmachungsleistungen bekommen“

Auch heute noch, 55 Jahre nach der Kapitulation des Hitlerfaschismus sind damals vom Hitlerfaschismus Verfolgte und Inhaftierte nicht rehabilitiert oder entschädigt worden. Die Opfer des Kalten Krieges der Adenauer Ära aus den 50-er und 60-er Jahren, die politisch Verfolgten, die auch damals im Gefängnis waren, sind nicht rehabilitiert oder entschädigt worden für erlittene Verfolgung. Dem zu Grunde liegt das KPD-Verbot von 1956, das „politischen Funktionären der KPD, SED und deren Neben- oder Tarnorganisationen Entschädigungsleistungen versagt“, so das Antwortschreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 9.9. 1998 auf eine Eingabe der „Initiativgruppe Rehabilitation der Opfer des Kalten Krieges“. „Die Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung führt nicht nur im Bundesentschädigungsgesetz zum

Ausschluss von staatlichen Leistungen“, heißt es dort. In § 6 des Bundesentschädigungsgesetzes ist festgelegt, dass kommunistischen Widerstandskämpfern die Wiedergutmachungsrenten gestrichen werden. Die rot-grüne Regierung und ihre Gedenkjustiz äußerte sich in diesem Sinne erneut. Eure Initiative fordert die Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes. Auch du Kurt, wurdest bis heute nicht rehabilitiert oder entschädigt. Berichtet Du darüber?

Das ist ein umfangreiches Problem. Es ist ja immerhin ein halbes Jahrhundert seitdem vergangen, und die Praktiken haben sich im Grunde genommen nicht geändert. 1945, nach dem Sturz des Hitlerregimes, wurde zwar ein neues Staatsgebilde aufgebaut, aber die Masse der Beamten des allgemeinen Verwaltungsapparates bis hin zur Justiz und vor allem

auch der Bundeswehr, die damals aufgebaut wurde, waren ehemalige Nazis mit unterschiedlichsten Befähigungen, ihre Vergangenheit zu vernebeln. Nach 1945 ist das Wichtigste für mich immer gewesen, Aufklärung zu schaffen über die Hintergründe der Geschehnisse des allgemeinen Lebens, aber auch gerade über die Tätigkeiten von antifaschistischen Widerstandskämpfern, die noch überlebt haben. Das Entscheidende der Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts ist der Aufbau eines Apparates von karrieregeilen, korumpierten Politikern, die auf allen Ebenen tätig sind im Dienste der Großindustrie und speziell auch der Rüstungsindustrie. Dabei haben sie ganz raffinierte Methoden mit der modernen Technik entwickelt, nicht nur in den Massenmedien, sondern auch mit den Geheimdiensten, deren Rolle ich täglich an konkreten Beispielen entlarven möchte. Die Vernetzung der deutschen wiederaufgebauten Geheimdienste mit internationalen Geheimdiensten, speziell dem Geheimdienst der USA, ist hier zu erwähnen. Sie spielen eine Rolle in allen täglichen politischen Geschehnissen und Handlungen von im Vordergrund stehenden Politikern.

Nehmen wir zum Beispiel Herrn Kinkel, der Leiter des deutschen Nachrichten- und Informationsdienstes war, ein Ziehkind von Genscher. Wie er in diese Position gekommen ist, haben wir alle miterlebt. Ich will zum Ausdruck bringen, dass es nicht nur den



Kurt Baumgarte

Geboren: 1912

1926 Mitglied im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands

1930 Eintritt in die KPD als KJVD-Funktionär ab 1933 Widerstandsarbeit

1934 Leiter des KJVD Wasserkante Hamburg

1935 in Berlin verhaftet; Gestapohaft im KZ Fuhlsbüttel, neun Monate Hände und Füße in Eisen festgeschlossen

1936 „Volksgerichtshofs“-urteil: 15 Jahre Zuchthaus (die er in Hamburg und Bremen hinter sich brachte, überwiegend in Einzelhaft)

1945 Befreiung am 7. Mai

1965 erneut Haft, diesmal zwei Jahre. Grund: Verstoß gegen das KPD-Verbot

1968 Mitbegründer der DKP

1971 Wahl in die Zentrale Schiedskommission auf dem Düsseldorfer Parteitag

weiterhin aktiv tätig in der antifaschistischen Bewegung, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA), der DKP, Mitarbeiter in der Initiativgruppe Rehabilitation der Opfer des Kalten Krieges, Redner in Schulen und auf Veranstaltungen.

deutschen Nachrichtendienst gibt, dem Kinkel und andere uns bekannte politische Akteure vorgestanden haben, sondern den Verfassungsschutz, abgesehen vom militärischen Geheimdienst. Ich könnte für Niedersachsen eine lange Liste aufstellen von Geschehnissen und Akteuren, die im Dienste des Verfassungsschutzes gestanden haben und in den Organisationen der antifaschistischen Bewegung, der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung tätig waren bis zum heutigen Tage. Es gibt keine Veranstaltung von linksorientierten, antifaschistischen Gruppen und Organisationen, auch der Jugend, bei denen nicht Beauftragte des Geheimdienstes anwesend sind, die nicht nur Informationen darüber, was sich dort abspielt, für den Geheimdienst zusammentragen, sondern auch Einfluss auf das Geschehen nehmen. Das kann ich an Hunderten Beispielen in Niedersachsen nachweisen.

Ein aussagekräftiges Beispiel vom April 1986. Als Teilnehmer und Mitorganisator eines amtlich angemeldeten Infostandes der DKP-Gruppe Hannover-Ahlem Ecke Wunstorfer/Richard-Lattorfstraße wurde ich am Sonnabend, 26. April, gegen 11.30 Uhr nach Erscheinen einer per Auto angefahrenen Neofaschisten-Gruppe von einem dieser Subjekte in Skinhead-Aufmachung mit einer Pistole bedroht mit den Worten: „Weg hier, ihr Kommunistenschweine“ und ähnlichen Sprüchen. Als er dann aber flüchten musste und im Real-Kauf-Markt in Ahlem gestellt und von Polizeibeamten festgenommen wurde, die Pistole gefunden wurde, er zum Polizeirevier (Gartenallee Hannover-Linden) gefahren wurde, verweigerte mir der dortige Polizei-Oberkommissar Heuer die Kenntnissgabe des Namens und der Wohnadresse dieses Subjektes. Mein Rechtsanwalt Detlev Fricke (Hannover) hatte Akteneinsicht und erfuhr dadurch den Namen: Jens Spielbrink (20 Jahre alt). Wir hatten inzwischen auch ermittelt, dass er langjährig, vom Geheimdienst „Verfassungsschutz“ gesteuert, an anderen Geschehnissen beteiligt war. Nach der Strafanzeige durch den Rechtsanwalt vom 2. Mai 86 an die Staatsanwaltschaft/Landgericht Hannover kam am 12. Juni 86 ein Schreiben mit den Worten, es liege kein öffentliches Interesse vor, in dieser Sache tätig zu werden. Aber Fakt ist, dass er ein langjährig für den Verfassungsschutz arbeitendes Subjekt war.

Das kann man in Niedersachsen an Hunderten von Beispielen nachweisen. In den 60-er und 70-er Jahren gab es Sprengstoffanschläge in Hannover, z. B. am Amtsgericht. Im Otte-Prozess in Braunschweig war ein Zeuge geladen, der die Sache beschönigen sollte. Er war viele Jahre der Hintergrundorganisator neofaschistischer Aktionen, einschließlich Gewaltanschlägen. Er wurde während der Verhandlung im Otte-Prozess verurteilt als Hauptorganisator der verschiedenen Sprengstoffanschläge. Sie mussten

ihn mit ein paar Monaten Gefängnis bestrafen, aber er hat nicht einen Tag gesessen. Schon nach einer Woche hat die niedersächsische CDU-Regierung einen Antrag auf Begnadigung an den damaligen Bundespräsidenten Carsten gerichtet – das war ja auch ein ehemaliger Nazi – dem ist nie etwas passiert.

Das ist eine Strategie, die in zunehmendem Maße heute bestimmtes Geschehen beeinflusst. Wir erleben das ja bei der Angelegenheit mit der CDU mit Herrn Kohl und den anderen in gleichen Formen, nur in anderen Varianten, immer zugespitzter und raffinierter, mit welchen lügnerischen Methoden gearbeitet wird. Das ist ein Feld meiner Tätigkeit in den vergangenen Jahren gewesen. Das ist auch der Hintergrund dafür, warum ich so vielen Belästigungen ausgesetzt bin, z. B. durch anonyme Anrufe. (Ich bekam einen Telefonanruf aus Köln, am Telefon sprach einer. In dem Augenblick, als die Formulierung fällt, stehen Sie in Verbindung mit der Bundesverfassungsschutzzentrale in Köln, da ist ja der Hauptsitz, war plötzlich die Verbindung weg. Er hat keinen Namen, keine Adresse, keine Telefonnummer angegeben.) Das erleben Hunderte von Aktivisten unserer antifaschistischen Bewegung, die bemüht sind, auf allen Ebenen Aufklärung zu schaffen. Es wird eine Atmosphäre der Provokation, des indirekten Druckes geschaffen, um Antifaschisten zu behindern. Es geschieht ganz systematisch, dass Leserbriefe an antifaschistische Publikationsredaktionen in vielen Fällen gesteuert werden, dass man bestimmte Probleme zur Debatte zwingt, dass man sich damit auseinandersetzt. Es gibt eine Mischung von systematischer Hintergrundprovokation und Schaffung von Verunsicherung. Das sollte man in diesem Zusammenhang nie vergessen.



Du warst während des Hitlerfaschismus zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt aufgrund deiner antifaschistischen Aktivitäten damals, du warst gegen die Wiederaufrüstung, du warst für eine demokratische Grundordnung und wurdest deswegen verfolgt und hast diese Zeit im Zuchthaus verbringen müssen, und auch später wieder, 1966, wurdest du noch einmal aufgrund deiner politischen Überzeugung zu Gefängnis verurteilt.

Das ist eine ganz klare Angelegenheit, was sich da abgespielt hat in den Jahren, was ich miterlebt habe. Im Juni 1945 bin ich wieder nach Hannover zurückgekehrt und habe aktiv beim Wiederaufbau demokratischer Organisationen, einschließlich der Gewerkschaften, mitgewirkt. Ich war in der Kommunistischen Partei tätig und war auch Mitglied im ersten Hannoverschen Landtag unter der britischen Besatzungsmacht. Zur Rolle der britischen Besatzungsmacht erwähne ich Hinrich-Wilhelm Kopf, den ersten von den Briten eingesetzten Ministerpräsidenten. Hinrich Wilhelm Kopf war in Polen während der Besatzungszeit des Hitlerfaschismus im Dienste der Hitlerischen Besatzungsorgane in der Wirtschaft tätig. Die polnische Regierung hatte 1945/46 den Antrag gestellt, Hinrich-Wilhelm Kopf nach Polen auszuliefern wegen seiner Handlungen und Mitwirkung bei dem faschistischen Terror. Die britische Besatzungsmacht unter Führung des damals zuständigen britischen Offiziers Lane Pope, der für die Zulassung der politischen Parteien und Presseorgane die entscheidende Rolle spielte, hat die Dinge hier im Griff gehabt mit seinem neugeschaffenen Apparat in Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst. Die niedersächsischen leitenden Funktionäre, es waren auch Sozialdemokraten, haben es abgelehnt, dass Hinrich-Wilhelm Kopf abgelöst wird. Es war extra eine internationale Kommission dafür gebildet worden. Aber es geschah nichts. Der einzige, der sich ganz konsequent für die Auslieferung Hinrich-Wilhelm Kopfs an Polen einsetzte, um dies ordnungsgemäß und demokratisch zu lösen, war Karl Abel, der damals Minister in der Regierung war. Deswegen flog Karl Abel aus der Landesregierung raus. Er wurde seiner Funktion entbunden. Das ist alles kein Zufall, sondern das war die Strategie der britischen Besatzungsmacht, der willig alle führenden, im Vordergrund bestimmenden damaligen sozialdemokratischen Funktionäre, aber auch ganz reaktionäre Leute, zu Diensten waren. Es gab damals eine Hannoveraner Clique, die sich nachher in der CDU sammelte und eine einheitliche Front schaffte, sie alle haben systematisch die notwendigen Aufklärungsmaßnahmen und Entscheidungen verhindert. Das berührte sowohl den Aufbau der neuen demokratischen staatlichen und kommunalen Organe als auch die Hintergrundorgane z. B. des Verfassungsschutzes und des Geheimdienstes. Das ist ja nachweisbar an

vielen Dingen. Man braucht nur in den alten Akten nachzugucken. Dort findet man die vielen Namen und Akteure, die in dieser Richtung gearbeitet haben. Ihr Ziel war, die wirklich ehrlich demokratisch denkenden und handelnden Aktivistinnen und antifaschistische und in der Friedensbewegung orientierte Kräfte zu behindern und lahm zu legen. Das war ihre Hauptstrategie, und dies hat sich in den vielfältigsten Formen abgespielt. Denn es ist eine altbekannte Tatsache, dass nach 1945 sofort in vielen Gebieten Niedersachsens, ob es in Burgdorf unser August Tünnermann war, der Landrat geworden war, oder August Stein in Osterode oder Karrelmeier in Stadthagen, die viele Jahre aktiv auf dieser Ebene erfolgreich gearbeitet haben, eine demokratische Struktur zum Tragen zu bringen und aufzubauen, und die alle nachher Zug um Zug weggeschasst wurden durch alle möglichen verwaltungsmäßigen Tricks, die zur Anwendung kamen. Die Aufklärung dieser Dinge hat eine große Bedeutung. Wichtig ist es jetzt, dass in allen demokratischen Gruppen und Organisationen des Antifaschismus ganz beharrlich die Vergangenheit in den Hauptelementen der historischen Wahrheiten und Tatsachen aufgeklärt wird. Je älter man wird, desto begrenzter sind zwar die Möglichkeiten, aber ich meinerseits mache auf dieser Ebene, was ich kann. Und deswegen danke ich euch auch, dass ihr euch mit dieser Sache so beschäftigt und aktiv geworden seit.

Ich helfe in jeder Sache mit. Ich will konkrete Fragen beantworten.

Kurt, kannst du zu dem Urteil von 1966 noch einmal etwas sagen und auch wie heute dir Wiedergutmachung vorenthalten wird.

Dazu gibt es eine Reihe Schriftstücke, deren Aussagen und Wortlaut wichtig ist. Ich bin 1966 erneut verurteilt worden. Ich habe euch die wichtigsten Fakten schon dargelegt. Aber eines ist wichtig, dass ich z.B. nach der Verurteilung vor der Lüneburger Strafkammer 1966 mit meinem Rechtsanwalt Nölke aus Hannover (er gehörte der FDP an, aber er war ein wirklich ehrlicher konsequenter, demokratischer Jurist) gegen das Urteil Revision eingelegt habe. Am 26.7.66 kam eine Revisionsgegenenerklärung der Staatsanwälte des Lüneburger Landgerichts. Ich hatte während des Verfahrens mit Unterstützung meines Rechtsanwalts den Antrag gestellt, die Richter sollten eine Information geben, wer von ihnen Mitglied der NSDAP gewesen ist. Folgendes ist zu Beginn der Revisionsgegenenerklärung zu lesen: „... Der Angeklagte forderte den Vorsitzenden auf, Auskunft darüber zu geben, ob einer der Richter der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört habe. Der Vorsitzende lehnte eine derartige Auskunft ab. Der Angeklagte beantragte, über die Ablehnung der Auskunft einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen. Der Vorsitzende lehnte auch dieses ab. Dar-

aufhin erklärte der Angeklagte, dass er den Vorsitzenden wegen Besorgnis der Befangenheit ablehne. Der Angeklagte verlas eine schriftlich niedergelegte Erklärung, die als Anlage 3 zum Protokoll genommen wurde.“ Die Erklärung lautet wie folgt: „Hiermit protestiere ich gegen die Hauptverhandlungseröffnung dieses politischen Gesinnungsprozesses gegen mich als demokratischer Widerstandskämpfer gegen das Hitlerregime, dessen langjähriges Justizopfer ich war. Obwohl durch viele Tatsachen meines öffentlichen Hervortretens belegt ist, dass ich politisch auf dem Boden des Grundgesetzes stehe und ich es gegen jede Aushöhlung verteidige, versucht die Staatsanwaltschaft Lüneburg mit einer zusammengeschobenen Anklage, durch den vorgetäuschten Vorwurf einer ‚Staatsgefährdung‘ mir den Prozess zu machen...“ Der Staatsanwalt Brockmann beantragte, den Antrag des Angeklagten abzulehnen. Es wurde der als Anlage 4 zum Protokoll genommene Beschluss verkündet. – Der Beschluss hat folgenden Wortlaut: „Der Antrag des Angeklagten, den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Dr. Koller als befangen abzulehnen, wird als unbegründet zurückgewiesen.“ Die Niederschrift über die Hauptverhandlung fährt fort, Angeklagter und Verteidiger beantragten über die Frage der Zulassung der Frage, ob ein Mitglied des Gerichts Angehöriger der NSDAP gewesen sei, einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen, und zwar bzgl. der Berufsrichter und Schöffen. Der Verteidiger erklärte weiter, dass er die beiden Sachverständigen ablehne...“

Ich will damit aufzeigen, dass die Denkungsart der Masse der Juristen in der Verletzung aller demokratischer Grundsätze in solchen Stellungnahmen deutlich wird. Und damit komme ich zu dem Problem: Wenn ein Glogowski, der in seinem Bereich der Entscheidungen zuständig war für die Probleme der Wiedergutmachung für Verfolgte des Naziregimes, in einem Brief an den Landtagspräsidenten Milde schreibt, dass „Baumgarte ... 1936 ... wegen hochverräterischer Tätigkeit zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt“ wurde, und gleich darauf folgt der Satz: „Wiedergutmachungsleistungen gemäß dem BEG stehen ihm nicht zu, weil er sofort nach 1945 wieder Funktionär der KPD war“ – so spiegelt das doch wider, dass er genauso denkt wie die Hitlerfaschisten gegenüber Antifaschisten, in diesem Falle Kommunisten. „Er war wieder Funktionär der KPD“, deswegen haben ihn die Nazis verurteilt und deswegen lehnen wir das ab. Eine Demagogie, eine Gesamtdenkungsweise, die widerspiegelt, dass das in vollem Widerspruch steht zu allen Aussagen des Grundgesetzes und allen demokratischen Denkens. Das steht in enger Beziehung zu der Politik der CDU und den Geldspendenaffären der Gegenwart.

Das Interview führte Angelika R. am 22.1.00; das Interview wird fortgesetzt.

Pazifistische Offiziere in Deutschland 1933–1945

Abschied vom „Schwertglauben“

Pazifistische Offiziere? „Das ist ein Widerspruch in sich“, denkt wohl jeder, wenn er dieses Begriffspaar zum ersten Mal liest. Ein Historikerteam hat unter diesem Titel in einem Buch die Ergebnisse eines Forschungsprojekts veröffentlicht. Das Buch wurde vom Herausgeber Wolfram Wette in einem Vortrag in der Reihe „Krieg und Frieden“, die die Uni Freiburg und die *Badische Zeitung* gemeinsam veranstalten, vorgestellt. Es vereint einen Essay zum Thema und Lebensbeschreibungen von 17 „pazifistischen Offizieren“ in der kaiserlichen Armee und der Reichswehr. Die meisten wurden nicht zu Pazifisten im strengsten Sinne, waren z.B. für die Beibehaltung der Landesverteidigung. Aber alle waren überzeugt, dass man vehement gegen den Militarismus preußisch-deutscher Prägung vorgehen müsse. Wie kamen Angehörige der Offizierskaste zu einem solchen Sinneswandel?

Die meisten Offiziere in der Zeit bis 1933 kamen aus dem Adel und aus gebildeten und wohlhabenden bürgerlichen Schichten. So auch die 17 porträtierten Offiziere. Das Militär war in der Gesellschaft des deutschen Kaiserreichs die einflussreichste gesellschaftliche Kaste. Wie ein Historiker schreibt: „Der preußische Leutnant ging als Gott, der bürgerliche Reserveleutnant als Halbgott durch die Welt.“ Und wer nicht „gedient“ hatte, konnte in dieser Gesellschaft nichts werden. Diese Kaste identifizierte sich in absoluter Weise mit dem Staat. Dies rührte aus der Erfahrung her, dass das deutsche Kaiserreich in Kriegen, also mit den Mitteln „Blut und Eisen“ (Bismarck), zu seiner Einheit und letztendlichen Form gefunden hatte.

Was veranlaßte diese Offiziere, trotz persönlicher Konsequenzen, offene Kritik zu üben und sich für Veränderungen stark zu machen? Einer der Offiziere fasste das unter den Begriff „Damaskuserlebnis“. D.h.: ganz persönliche Erfahrungen, die ihn tief getroffen hatten, führten zu einer Veränderung seines Denkens und Handelns. Diese Veränderung führte bei dem (ehemaligen) General von Schoenaich dazu, dass er in den 20er Jahren Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) wurde. Wandlungserlebnisse konnten Erfahrungen der Grausamkeit des Krieges sein, wie das Miterlebenmüssen eines Massakers an Dorfbewohnern. Andere Offiziere wurden zu Kritikern, weil sie selbst Opfer von Schikanen und Demütigungen, von brutalem und geistlosem Drill wurden. Einige kamen durch Auslandserfahrungen, den Blick „über den (preußisch-deutschen) Tellerrand“, zur neuen Perspektive. Einige fanden auch über die rein intellektu-

ell-politische Analyse zur Kritik. Ihnen allen war gemeinsam, dass sie zum Typus des gebildeten Offiziers gehörten, der ausgeprägtes Interesse an der Aneignung eines breiten Wissens hatte. Einige besuchten neben ihrem Dienst Universitäten. Sie waren eigentlich Individualisten. Und sie alle waren der Überzeugung, dass der preußisch-deutsche Militarismus kein Problem von Heeresstärken und dem Ausmaß von Rüstung war. Für sie war Militarismus eine Geistesverfassung – auch des Nichtmilitärs. Viele von ihnen warnten schon früh davor, dass ohne grundlegende Änderungen in Erziehung und Gesellschaft der nächste Krieg vorprogrammiert ist. Es gab also Leute, die schon früh um die Gefahren wussten. Man hätte vielleicht manches verhindern können, wenn man auf diese „Rufer in der Wüste“ gehört hätte. Die Existenz dieser pazifistischen Offiziere entlarvt die Mär von Hitler und den Nazis als einem „schicksalhaften Verhängnis“. Deshalb wurde die Erinnerung an diese Leute so lange in Deutschland totgeschwiegen, auch von der historischen Forschung. Pazifistische Offiziere in Deutschland 1933–1945 herausgegeben von Wolfram Wette, erschienen in der Reihe Geschichte und Forschung im Donat-Verlag, 1999, ISBN 3-931737-85-3, Preis 29,80 DM an/az

Reaktionäre Jugendstrafrechtskampagne

Das hat Geschichte...

Unter dem Eindruck der Kampagne für eine Verschärfung des Jugendstrafrechts veröffentlichte das Kommunal-Info Mannheim den folgenden Ausstellungsbericht.

Nur wenige Tage, vom 11. bis 20.1., war im Forum der Jugend die Wanderausstellung zu sehen: „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben – zu den Jugend-Konzentrationslagern Moringen und Uckermark“. Ihr soll ein kurzer Rückblick gewidmet werden, zumal sie nachdenklich stimmen musste in einer Stadt, in der gerade erst eine reaktionäre Presse- und Politikampagne zum Thema „unzureichendes Jugendstrafrecht“ zum erfolgreichen Abschluss gekommen war mit dem Höchsturteil gegen den Jugendlichen Sascha K. wegen Polizistenmordes.

Der Tenor der Kampagne lässt sich in Zitaten zusammenfassen, wie sie Ragge vom *Mannheimer Morgen* reichlich selbst verfasste oder kolportierte als „Volkestimme“ und mit Bildern von den „Mahnwachen“ der „Kooperation der Polizeigewerkschaften“ verbreitete. Da hieß es: „Lebenslange Haftstrafe muss auch für Jugendliche möglich sein“; „Sicherheitsverwahrung auch für Jugendliche“; „Egal, was er kriegt, es ist in jedem Fall zu wenig“, sind sich alle Beamte einig und: „Psychologen schützen Verbrecher!“

Es war eine Kampagne, die sich vehement (und im *Mannheimer Morgen* weiß Gott nicht zum ersten Mal) gegen zivil-

Im Dezember 1997 hatte der damals 16jährige Sascha K. bei einem nächtlichen Einbruch in einem Mannheimer Supermarkt im Dunkeln mit dem Messer auf zwei Polizisten, die ihn stellten, eingestochen; der eine Polizist starb an seinen Verletzungen. In einer massiven Kampagne aus der Polizei, unterstützt vom „Mannheimer Morgen“, wurde ein Wegsperrern statt Resozialisierung gefordert. Das Gericht verhängte Mitte Dezember, diesem Ruf fol-



gesellschaftliche Errungenschaften richtete wie den Resozialisierungsgedanken, die Frage nach der Schuldfähigkeit, das Menschenrecht auch des Täters und die Erkenntnis, dass kriminelle Taten sowohl in der Verantwortung des Täters als auch meist der Gesellschaft stehen.

Vor, im und nach dem Faschismus ...

Diese Sichtweise musste sich schon immer gegen heftige Angriffe seitens der Reaktion behaupten. Es bedurfte nicht erst des Faschismus, um dem Sühne- und Rachegedanken wieder zum Durchbruch zu verhelfen sowie der Logik: „Beseitigung“ der „problematischen“ Menschen statt Bekämpfung der Probleme, verbunden mit der Definitionsmacht über das „Problematische“.

Die Weimarer Zeit brachte, das macht die Ausstellung deutlich, beispielsweise keine Demokratisierung der Fürsorgeerziehung hervor: „Lange vor der Machtübertragung an die Nazis denken Pädagogen an die Aussonderung von ‚unbotmäßigen Elementen‘ aus der Heimerziehung.“ Konsequentes Ergebnis dieses Denkens war die Errichtung zweier Kinder- und Jugendkonzentrationslager in Moringen bei Göttingen und Fürstenberg bei Ravensbrück in der Uckermark.

Und konsequent war auch die Nachkriegsgeschichte dieser beiden KZ: Sie wurden erst 1970 als solche gewertet. Zunächst verharmloste man sie als „Erziehungslager für schwererziehbare/asoziale Jugendliche“. Die einst dort Internierten und Gequälten erhielten keinerlei finanzielle Entschädigung und wurden nicht als Verfolgte anerkannt (weder in der BRD noch – leider – in der DDR). Und – „natürlich“ – wurden weder das KZ-Personal noch die „Rassenhygieniker“, Pädagogen, Ärzte und Richter, die die Lager füllten, je zur Rechenschaft gezogen.

Im Lager Uckermark sind verschiedene Frauenworkcamps seit einiger Zeit damit beschäftigt, die Grundmauern des ehemaligen KZ freizulegen mit dem Ziel, eine Gedenkstätte zu errichten. In Moringen begann die heftig bekämpfte Erinnerungsarbeit 1979. Dort entstand

gend, die Jugendhöchststrafe von zehn Jahren Gefängnis. Das Bild zeigt eine Mahnwache der Gewerkschaft der Polizei auf dem Paradeplatz in Mannheim.

dann auch aufgrund einer Privatinitiative die Wanderausstellung, die von 1993 bis 1996 von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert und betreut wurde.

„...Schaffung einer polizeilichen Unterbringungsmöglichkeit...“

Wo Ragge vielsagend zu schreiben aufhört, ging es damals konsequent weiter.

Rechtzeitig vor Kriegsbeginn verschärfte der NS-Staat seine Unterdrückungspolitik auf allen Ebenen. So erfolgte am 1.7.39 auch die Einrichtung einer „Reichszentrale zur Bekämpfung der Jugendkriminalität“. Im Dezember 1939 fordert Heydrich spezielle Lager für von ihm sogenannte „verwahrloste“ Jugendliche; Himmler unterstützt ihn. Für 1.2.40 beruft Göring den Reichsverteidigungsrat zum Thema „Jugendkriminalität“ ein und in Folge wird das Reichskriminalhauptamt beauftragt, „polizeiliche Jugendschuttlager“ einzurichten. Polizei und SS können nun – ohne Gerichtsurteil – missliebige, auffällige Kinder und Jugendliche inhaftieren. Das Reichssicherheitshauptamt verschickt im April 1940 Schnellbriefe an die örtlichen Kriminalpolizeileiter, in denen es heißt: „Für kriminell gefährdete und asoziale Minderjährige ist die Schaffung einer polizeilichen Unterbringungsmöglichkeit in Aussicht genommen. In Frage kommen solche Minderjährige, für die trotz ihres kriminellen oder asozialen Verhaltens Fürsorgeerziehung wegen Aussichtslosigkeit oder Überschreitung der Altersgrenze nicht angeordnet oder aufrechterhalten werden kann.“

Ich ersuche, mit Hilfe der örtlichen zuständigen Fürsorgeeinrichtungen (Jugend-, Wohlfahrts-, Gesundheits-, Pflegeamt, Fürsorgeerziehungsbehörde) festzustellen, für welche Anzahl Minderjährige innerhalb Ihres Bezirks eine derartige Unterbringung für erforderlich gehalten wird. Die Zahl der Minderjährigen ist nach Geschlecht und Alter getrennt anzugeben. Frist 15. April 1940.“

In den Lagern waren bald 3000 junge Menschen im Alter zwischen 10 und 25 Jahren dem SS-Terror, der kriminalbiologischen Selektion und der Zwangsar-

beit ausgesetzt. In Moringen führte der berüchtigte Rassenideologe Dr. Dr. Robert Ritter die Selektion der Insassen in sechs „Blöcke“ durch, nach von ihm festgelegten rassistischen „Charaktereigenschaften“:

Block der „Untauglichen („Geisteschwache“ und „Minderwertige“), Block der „Störer“ („charakterlich hochgradig Abartige“, „Überrege“, „rücksichtslose Gauner“ etc.), Block der „Dauerversager“, der „Gelegenheitsversager“ („haltlose, unselbständige, leichtsinnige Menschen“), Block der „fraglich Erziehungsfähigen“ und der „Erziehungsfähigen“ („Verwahrloste“, „schwer erziehungsgeschädigte“ und „Pubertätsversager“). Daneben gab es noch den Stapo-Block für politisch oppositionelle Jugendliche, jugendliche Partisanen aus dem österreichisch-jugoslawischen Grenzgebiet und z.B. auch die „Swinger“ (Anhänger der Swing-Musik und entsprechender Mode).

Ritter: „Aufgabe der Jugendschutzlager ist, ihre Insassen nach kriminalbiologischen Gesichtspunkten zu sichten, die noch Gemeinschaftsfähigen so zu fördern, dass sie ihren Platz in der Volksgemeinschaft ausfüllen können, die Unerziehbaren bis zu ihrer endgültigen anderweitigen Unterbringung unter Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu verwahren.“ *tht*

(Quelle zu den Jugend-KZ: Katalog zu der Ausstellung, der diese vollständig dokumentiert. Er enthält viele biografische Skizzen ehemaliger Insassen und berichtet über die „Jahrzehnte der Missachtung und des Verdrängens“. Bezug über: KZ-Gedenkstätte Moringen. Lange Straße 58, 37186 Moringen)

Über die „Weltoffenheit“ der DDR-Außenpolitik

Ein leitender Beamter des Bundespresamtes soll kürzlich sein „Bedauern“ darüber geäußert haben, dass es „leider fast keine Publikationen über die Außen- und Deutschlandpolitik der DDR“ gäbe. Der Satz dieses Neuberliners fiel mir ein, als ich die Auswahlbibliographie zum Protokoll einer Tagung des brandenburgischen Vereins für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V., Potsdam, durchforstete. Hier finden sich nämlich an die 60 Titel, die sich mit der Außen- und Deutschlandpolitik der DDR seit 1990 befasst haben. Den Neuberlinern sei empfohlen die Verlagskataloge zu studieren, dann finden sich bestimmt noch mehrere Titel zu diesem Komplex der deutschen Geschichte.

Jetzt erschien der Titel „...abgegrenzte Weltoffenheit“ mit Redebeiträgen (und Artikeln) jenes eintägigen Kolloquiums, das schon im November 1998 mit ehemals leitenden DDR-Diplomaten, Publizisten und Wissenschaftlern stattgefunden hat. Drei Problemkreise wurden im Plenum

bzw. in der Podiumsdiskussion behandelt: Wie funktionierte die Außenpolitik der DDR? – Wie funktionierte die Deutschlandpolitik der DDR? – Gab es einen „heißen Draht“ zwischen Ostberlin und Bonn?

Sowohl Dr. Detlef Nakath, Potsdam, als auch Botschafter a.D. Prof. Dr. Siegfried Bock erörterten das erste Thema. Während Nakath über die Grundzüge und Entwicklungsetappen der DDR-Außenpolitik sprach, untersuchte Bock die Funktionsmechanismen der DDR-Diplomatie. Gerade dieses Thema dürfte besonders interessant sein, zumal Bock unter allen DDR-Außenministern in leitenden Funktionen diente (Dertinger, Dr. Bolz, Otto Winzer, Oskar Fischer, Pfarrer Markus Meckel und Dr. Lothar de Maiziere). Der Völkerrechtler Prof. Dr. Bock war auch der Verhandlungsführer der DDR-Delegation zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Helsinki. Dr. Bernhard Neugebauer, langjähriger Botschafter bei der UNO und Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten sprach über die Rolle der DDR in der UNO und wie dort mit der deutschen Frage umgegangen wurde. Werner Hänisch, emer. Prof., analysiert die Rolle der Politikberatung auf außenpolitischem Gebiet. Dazu gehörte auch die Mitarbeit in der DDR-Delegation auf verschiedenen KSZE-Nachfolge-Konferenzen, über die Botschafter a.D. Dr. Hans Voß berichtet. Er stellte fest, dass die DDR dort gleichzeitig als Initiator, Motor und Bremser aufgetreten ist. Ein hoch interessanter Teilaspekt der DDR-Außenpolitik.

Der Deutschlandpolitik der SED widmeten sich Dr. Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, während sich Gesandter Hans Schindler, ehemaliger Abteilungsleiter im MfAA der DDR, mit der Politik der DDR gegenüber der BRD auseinandersetzte. Prof. Dr. Günter Nitz analysierte Projekte, die der Annäherung der Deutschen in den 80er Jahren dienen sollten. Der ehemalige Sekretär des ZK der SED, Prof. Herbert Häber (später bei den Sowjets und bei Honnecker in Ungnade gefallen), verantwortlich für die Westarbeit im ZK, umriss das Spannungsfeld zwischen Moskau, Bonn und Berlin.

Insgesamt findet der Leser eine spannende Geschichtslektüre. Sie wurde vom Leben geschrieben. Dank der beachtlichen wissenschaftlichen Leistungen des „Rosa Luxemburg“-Vereins, Potsdam, wurde sie niedergeschrieben.

Die genannten Ex-DDR-Diplomaten arbeiten als Mitglieder aktiv im Verband für Internationale Politik e.V., Berlin, was die Herausgeber leider verabsäumten zu dokumentieren.

Franz-Karl Hitz
Daniel Küchenmeister, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): „...abgegrenzte Weltoffenheit...“ – Zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR, GNN-Verlag Sachsen-Berlin GmbH, Schkeuditz, 1999, 168 Seiten, brosch., Preis 19,80 DM

Aktuelle Regionalgeschichte

Zwangsarbeit im „Dritten Reich“

„Räder müssen rollen für den Sieg!“ Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ – so lautet der Titel eines Buches der VVN Esslingen, das der Stuttgarter „Schmetterling-Verlag“ aus Anlass der aktuellen Debatte um die Entschädigung für NS-Zwangsarbeit neu herausgegeben hat.

Schwerpunkt des Buches ist eine umfangreiche Dokumentation über das infame Zwangsarbeitssystem und seine Begleiterscheinungen im Raum Esslingen. Die Mißhandlungen, elenden Lebens- und Arbeitsbedingungen, drakonischen Strafen bei Zuwiderhandlungen oder anderen „Vergehen“ der zumeist gewaltsam ins „Reich“ deportierten Zwangsarbeiter/innen im Raum Esslingen werden ebenso dokumentiert wie das schreckliche Schicksal der neugeborenen Kinder von Zwangsarbeiterinnen, die zumeist binnen weniger Monate an mangelnder Ernährung und Fürsorge starben. Eine wie immer furchtbare deutsche Bürokratie vergaß nach dem Kriege noch nicht einmal, per Verordnung auch die Beseitigung dieser „Kindergräber“ zu regeln, damit möglichst die gesamte Geschichte der NS-Zwangsarbeit vertuscht und dem vergessen sein sollte.

Das Buch ist aber nicht nur ein Stück „Regionalgeschichte“, von Antifaschisten erstellt, um die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Zeit wachzuhalten.

Mit den Aufsätzen von Alfred Hauser, Tjark Kunstreich, Karl Heinz Roth und anderen, die sich mit dem Ausmaß und dem System der gesamten NS-Zwangsarbeit im gesamten Deutschen Reich, mit der amtlichen Verdrängung dieser Geschichte und welche Interessen in der späteren Bundesrepublik bis heute daran mitwirkten, und vor allem mit dem Aufsatz von Christine Krause zur inzwischen über 50jährigen Geschichte des Kampfes um die Rehabilitierung und Entschädigung der Millionen NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ist das Buch auch eine wichtige Hilfe für die aktuelle Auseinandersetzung. Wer sich in der kommunalen oder gewerkschaftlichen Arbeit für die Aufklärung dieses schmutzigen Kapitels deutscher Geschichte und für die Entschädigung der Opfer einsetzen will, findet hier wichtige Hintergrundinformationen.

(rül)

„Räder müssen rollen für den Sieg!“ Zwangsarbeit im „Dritten Reich“. Hrsg. VVN Esslingen, Schmetterling Verlag Stuttgart, 184 Seiten, 26,80 DM, ISBN 3-89657-440-4



19. Februar: Regionalkonferenz zur Programmatischen Debatte in der PDS. 10.00 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstr. 41-43, 50679 Köln. 1. Generaldebatte im Plenum, 2. AGs zu „Frieden und Sicherheitspolitik“ und „Unterschiedliche Handlungsebenen sozialistischer Politik“, 3. Plenardebatte.

19. Februar: PDS-Landesparteitage Brandenburg und Thüringen, PDS-Landesversammlungen in Saarbrücken und Bremen

20. Februar: Hardeggen: Im Rahmen der Ausstellung „Partigiani – Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien“ fanden und finden zahlreiche Veranstaltungen statt, am 20.2. wird um 15 Uhr der Videofilm „Paisa“ gezeigt; um 19.30 Uhr „Deutsche Widerstandskämpfer in der Resistenza, Werkstattgespräch mit Peter Gingold. Ort jeweils: Hardeggen, Muthausaal, Medienraum. Weitere Veranstaltungen: 26.2., 15.00 Uhr, Videofilm: „Deutsche Kriegsgräuel in Norditalien“, 27.2. 15.00 Uhr, Videofilm: „Die Wehrmachtsjustiz: Deserteure und andere Soldaten“; 2.3. PartisanInnen und Wehrmachtsdeserteure, PartisanInnen im Piemont, anschließend Werkstatt-Gespräch mit Ludwig Baumann, Ort dieser Veranstaltung: Göttingen, Kino Lumiere, Geismarlandstr. 19

24. Februar: München: Siemens-Aktionärs-Hauptversammlung und Anti-Atom-Aktionen. Kontakt: KO-Kreis Siemens-Kampagne, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030/2044784, Fax: 030/2044785, E-Mail: siemens-boykott@t-online.de Internet: <http://www.siemens-boykott.de>

26. Februar: „Anregung für parlamentarische Tätigkeit in den Thesen der Programmkommission der PDS“, Tagung in Stuttgart

26. Februar: PDS-Landesparteitag Berlin

27. Februar: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

4. März: Der Krieg und die Evangelische Kirche. In Tutzing findet eine Tagung „Was rechtfertigt Krieg?“ Der Krieg im Kosovo provoziert ein neues Nachdenken über die Friedensethik statt.

17. März: Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen. Veranstalter von: Bundesverband Karlsruhe, Schwarzwaldhalle

24./25. März, Bautzen: Friedenspolitische Konferenz der PDS zum Thema: *Militärische Gewalt, nichtmilitärisches Konfliktmanagement und die Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen im Lichte der UNO-Charta.* Beginn am 24.3., 20-22 Uhr mit einer Podiumsdiskussion: Die Welt von heute, Widersprüche, Konflikte, Herausforderungen und politische Strategien für internationale Konfliktverhütung, -beilegung und Krisenmanagement zu Beginn des 21. Jahrhunderts. 25.3., 10.00 Uhr: Eröffnung der Konferenz durch Hans Modrow: Friedenspolitik im 21. Jahrhundert, Herausforderungen für die internationale und Sicherheitspolitik der PDS. Plenardebatte 10.30 bis 13.30 Uhr: „Die Vereinten Nationen und die internationale Sicherheit“. 14.00 bis 18.30 Uhr: Plenardebatte: „Zivilgesellschaft, internationale Sicherheitsstrukturen und der Traum der Linken vom Ewigen Frieden“. – „Diese politisch-wissenschaftliche Konferenz ist für die PDS kohärenter Bestandteil der Vorbereitung auf die 3. Tagung des 6. Parteitag in Münster und soll zur Konkretisierung der politischen Aussagen der PDS einen sachlichen wissenschaftlichen und positionserweiternden Beitrag leisten.“

7. - 9. April: PDS-Bundesparteitag in Münster

9. April: 13. CDU-Parteitag in Essen

ADRESSAUFKLEBER

15.-16. April: Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften (siehe Kasten)

19. April: Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG, ICC Berlin, mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband kritischer DaimlerChrysler Aktionäre, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/608396, Fax: 0711/608357, E-Mail: orl@gaia.de Internet: <http://www.dfg-vk.de/orl/index.htm>

22. - 24. April: Ostermärsche in der ganzen Bundesrepublik

14. Mai: Landtagswahlen in NRW

26. Mai: Nordatlantische Versammlung, Frühjahrs-Tagung in Budapest 31.

31. Mai: Deutscher Katholikentag in Hamburg

31. Mai bis 4. Juni: Gesundheitstag 2000 in Berlin. Adresse: Gesundheitstag 2000, Sarrazinstr. 3, 12159 Berlin, fax: 030 / 85 99 97 78, Email: ich.mache.mit@gesundheitstag.de

1. Juni: EXPO 2000 in Hannover (bis 31.10.), zahlreiche Gegenaktionen

6. Juni: Westeuropäische Union

6. bis 12. Juni: Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin Schönefeld und Gegenaktivitäten von Friedensgruppen. (Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>) Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax: 030/61500529. E-Mail: info@kampagne.de Internet: <http://www.kampagne.de>

9. Juni: Hauptversammlung der Deutschen Bank, Festhalle Frankfurt mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionäre.de>

8. bis 13. Juli: Europäische Konferenz der PädagogInnen für den Frieden „Entwicklung einer Kultur des Friedens – für Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie“ in Paris, UNESCO (Place Fontenoy). Kontakt: PädagogInnen für den Frieden (PPF) Bernhard Nolz, Kölner Str.11, 57072 Siegen, Tel.: 0271/20596, Fax: 0271/2390985 E-Mail: nolzpoppp@t-online.de Internet: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ppf>

Einladung zur Jahrestagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Die Jahrestagung beginnt am Samstag, den 15. April, um 10.00 Uhr und endet am Sonntag, 16. April, gegen 13.00 Uhr. Ort: DGB-Jugendbildungswerk Fulda

Der Arbeitsausschuss des Forums schlägt folgende Tagesordnung vor:

Samstag

10.00 – 13.00 Uhr: Friedenspolitik und PDS-Programmdiskussion nach dem PDS-Parteitag in Münster (Plenardebatte)

13.30 – 16.30 Uhr: Beratung in drei Arbeitsgruppen

- Armut, Arbeit und Repression in der Großstadt
- Lohnbewegung, Lohnhöhe, Lohnquote: Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums an der Quelle

c) Kurdistan-Solidarität, PKK-Verbot und Migrationspolitik

17.00 – 19.30 Uhr: Berichte aus den AGs, Beschluss zum Haushalt 1999, Wahlen zum Arbeitsausschuss, Beschluss über den nächsten Haushalt, Bericht über den weiteren Umgang mit Satzungsfragen (Plenum)

Sonntag

Ab 9.00 Uhr: Beratung über die Politischen Berichte, Verschiedenes

Teilnehmer an der Jahrestagung werden **dringend** gebeten, sich **bis spätestens 15. März** beim Arbeitsausschuss des Forums in Köln zu **melden**, mit exakter Verpflegungsmeldung. Übernachtung ist bereits von Freitag auf Samstag möglich, muss aber dann ebenfalls bis zum 15. März angemeldet werden.

Die Unterlagen für die Tagung gehen allen Teilnehmern nach Anmeldung zu.

Für den Arbeitsausschuss: R. Lötzer, J. Detjen